

Walther Rathenau, der Sieger

Von * * *

Als am 24. Juni 1922 Walther Rathenau von kaum erwachsenen Burschen ermordet wurde, da war kein Zweifel daran, daß er als Opfer der ungeheuerlichen Hetze gegen jene Politik fiel, die man damals „Erfüllungswahnsinn“ nannte und für den Ruin der deutschen Währung und die Verarmung deutscher Volksmassen verantwortlich machte. Zwei Tage vorher hatte Helfferich wegen dieser Erfüllungspolitik und einiger — übrigens nicht von Rathenau, sondern von Hermes — in Paris zugestandener Kontrollmaßnahmen nach dem Staatsgerichtshof gerufen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie, die gefährlichste Machtorganisation nach dem Kriege, hatte über die ganze Politik von Leistungen sein Verdammungsurteil gesprochen. Damit war für die Deutsche Volkspartei zugleich die Ablehnung der Leistungen, wie sie Rathenau für unumgänglich hielt, zum Axiom geworden. In einer denkwürdig-bedenklichen Sitzung am Abend vor Rathenaus Ermordung hatten Stinnes und die Seinen auch einen Vorstoß gegen die Sachleistungen von Kohlen begonnen, denen sie sich entziehen zu können glaubten. Unfähigkeit und Ideologie, das waren die geringsten Vorwürfe, die man Rathenau machte, und der treffliche Dr. Reichert, auch jetzt wieder deutschnationaler Abgeordneter, der die jugendliche Höhe seiner volkswirtschaftlichen Erkenntnis zuerst dadurch gekennzeichnet hatte, daß er im Kriege die berüchtigte „Denk“-Schrift der vier Verbände, in der die Annexion von Longwy und Briey als unumgängliche Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk bezeichnet wurde, als erster unterschrieb, beendete sein von Ueberhebung und Haß überquellendes Buch gegen „Rathenaus Reparationspolitik“ mit der Feststellung, daß Rathenau von Wirtschafts- und Außenpolitik bei weitem nicht genug verstehe (offenbar vor allem weniger als Dr. Reichert) und mit dem daraufhin deutlichen Rufe: Führer her! Als Rathenaus überragende Persönlichkeit gefallen war, kamen ja nun jene „Führer“, insbesondere nach kurzer Frist die bitteren Gegner Rathenaus, die „Sachverständigen“ der deutschen Volkspartei, zur Macht. Unter dem Kabinett Cuno, dessen Ratgeber in allen Reparations- und außenpolitischen Fragen Dr. Helfferich unbestrittenermaßen gewesen ist, haben sie zu zeigen vermocht, was sie leisten konnten.

Was Deutschland an Rathenau verloren hat, und was er in der sehr kurzen Zeit seiner Ministerschaft — mit den Unterbrechungen durch Ausscheiden der Demokraten aus dem Kabinett Wirth, Herbst 1921 war es nicht einmal ein ganzes Jahr — für Deutschland geleistet hat, das wollen wir heute an einem Vergleich zeigen zwischen dem, was Rathenau erstrebt und erreicht hat, und dem, was seine Todfeinde dann, als ihnen die Macht zugefallen war, statt des von Rathenau Geschaffenen zuwege gebracht haben. Bekanntlich war Rathenau nie ein bedingungsloser Anhänger der Lösung des sogenannten Londoner Ultimatums vom 5. Mai 1921, insbesondere hielt er einen ganz bestimmten Teil dieses Ultimatums für einen schweren weltwirtschaftlichen Fehler: Das war der sogenannte 26%ige Ausfuhrindex. Das Londoner Diktat legte nämlich Deutschland eine feste Leistung von 2 Milliarden Goldmark auf und eine veränderliche Leistung, die nach der deutschen Ausfuhr bemessen werden sollte und nicht weniger als 26% dieser Ausfuhr in Devisen betrug. Nachdem die Annahme erfolgt war, erstrebte Rathenau ein vierfaches Ziel, dem er sich schrittweise näherte:

1. Herabsetzung und möglichst Beseitigung dieses Indexes von 26%.

2. Umwandlung der Goldzahlungen, also der Abgabe von Devisen, deren Gewinnung auf dem Geldmarkte immer schwerer wurde, in Sachleistungen (daher seine Sachleistungsverträge mit Loucheur im Sommer 1921 und mit Bemelmans im Frühjahr 1922), also Umwandlung der unsicheren Möglichkeit der Erlangung von Devisen durch Warenverkauf auf unsicherem Markte in die sichere Möglichkeit deutscher Arbeitsleistung: Eine produktive Erwerbslosenfürsorge größten Stils mit weitblickenden Zielen unter Abtragung unserer ausländischen Schuld.

3. Absolute Verringerung der von Deutschland zu leistenden Summe und, da nach der ganzen Mentalität der Entente eine Herabsetzung der Gesamtsumme zunächst nicht zu erwarten war, eine solche in Teillösungen, daher das Streben nach Zwischenlösungen.

4. Die Internationalisierung der deutschen Schuld, indem die Abtragung auf dem Wege weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit gesucht werden sollte, insbesondere auch durch gemeinsamen Wiederaufbau Rußlands und (jetzt von Dr. Schacht wieder aufgenommen) durch gemeinsame Koloniarbeit Deutschlands mit den Ententeländern.

Bei all diesen weitgesteckten Zielen hatte Rathenau bedeutsame Erfolge. Die Schüsse der Kern, Fischer und Techow haben verhindert, daß der umfassende Geist, dem die Erfolge entsprangen, für Deutschland weiter wirken durfte. Die Nichterfüllungspolitik,

bereits im Kabinett Wirth vom Reichsbankpräsidenten Havenstein vertreten und von Cuno und Becker weitergeführt, hat dann in den Ruhrkampf hineingetrieben, nachdem den bitteren Feinden Rathenaus, den Herren Stinnes, Silverberg, Bücher, nun die wirkliche Macht zugefallen war. Nun konnten die Herren mit der „diskontfähigen Unterschrift“ zeigen, wieviel besser sie die Geschicke des Reiches zu lenken vermöchten, als der große, von ihnen vor der Nation beschimpfte Vertreter Deutschlands in Cannes und Genua. Und so kam es dann im Januar 1923 zur Besetzung der Ruhr, die Rathenau als Sachverständiger gegen Stinnes' Absicht im Jahre 1920 in Spa noch zu verhindern vermocht hatte. Cuno-Rosenberg-Becker organisierten den Ruhrkampf und verloren ihn so gründlich, daß sie nun mit ihrer „diskontfähigen Unterschrift“ selber die Micumverträge unterschreiben mußten. Was diese Verträge gegenüber dem von Rathenau Erreichten bedeuten, das hat Staatssekretär z. D. Prof. Dr. Hirsch in seiner Schrift über „Die deutsche Währungsfrage“ nachdrücklich auseinandergesetzt. Dr. Hirsch sagt:

Der Vergleich zwischen der Erfüllungspolitik von Walther Rathenau, durch die dieser die Ruhrbesetzung zu verhindern strebte und derjenigen seiner heftigsten Gegner sieht heute nach vollzogener Ruhrbesetzung und nach verlorenem Ruhrkampf so aus: Nach dem schließlichen Ergebnis der Verhandlungen in und nach Cannes (Anfang 1922) wären für das Jahr zu leisten gewesen:

an Barleistungen erst 720, dann	
herabgesetzt auf	500 Millionen Goldmark
an Sachleistungen	1450 Millionen Goldmark
zusammen	1950 Millionen Goldmark

Von den Sachleistungen sollte Frankreich allein für 950 Millionen Goldmark abnehmen; es war sehr unwahrscheinlich, daß diese Abnahme voll erfolgt wäre. In die Barleistungen waren aber auch die „äußeren Besatzungskosten“ mit eingeschlossen, die in Cannes auf jährlich 220 Millionen Goldmark herabgesetzt wurden.

Welche Werte werden nun durch den heutigen Zustand des „Micum-Systems“ der deutschen Wirtschaft entzogen?

Ohne weiteres berechenbar ist dasjenige, was der Ruhrbergbau an Sach- und Geldleistungen zahlt. Auf's Jahr berechnet ergeben sich nach heutigen Preisen:

an Kohlen- und Kokslieferungen etwa	450—500 Millionen Goldmark
an Kohlensteuer, zahlbar in Devisen,	
1 Milliarde französische Francs; bei	
1 Franc zu 18—20 Goldpfennigen,	
also	180—200 Millionen Goldmark
dazu einmalige Abgeltung für früher	
aufgelegte, nicht bezahlte Kohlen-	
steuer	60 Millionen Goldmark.

Das leistet die eine, allerdings wichtigste Industrie. Sie hat sich dazu vorerst nur bis zum 15. April 1924 verpflichtet*). Nun haben aber auch fast alle anderen Industriezweige des besetzten Gebietes solche Verträge unterschreiben müssen, nicht nur Stahlwaren-, Edelstahl-, Braunkohle- und chemische Industrie, sondern Gerbereien, Webereien, Schuhfabriken, ja, sogar Lumpensortierereien und Weinhändler, Ziegeleien und zahlreiche andere haben sich zur Gratisabgabe beträchtlicher Teile ihrer Produktion und auch noch zu Umsatzsteuern von 1—3%, zahlbar in Devisen, verpflichten müssen. Dieses jetzige Micum-System entzieht uns aber noch wesentlich mehr:

Die Zolleinnahmen und gleichartigen Verbrauchsabgaben an der besetzten Westgrenze ($\frac{1}{5}$ — $\frac{1}{4}$ der Gesamtzolleinnahme);
die im besetzten Gebiet noch erhobenen Ausfuhrabgaben;
die ungemein lästigen Zwischenzölle;
die Einnahmen aus den von der Regie weggenommenen Bahnen, früher unsere stärkstbefahrenen, besonders ertragreichen Strecken, ein sehr beträchtlicher Ausfall.

Würde man hinter diese Posten Zahlen einsetzen, so würden sie sicherlich, aufs Jahr berechnet, recht reichlich den Rest ausfüllen, der an einer Goldmilliarde bei den Leistungen des rheinisch-westfälischen Bergbaus noch fehlt. Aber wir sind noch nicht fertig:

Wir zahlen jetzt auch wieder bare Besatzungskosten; der Betrag wird auf 50—60 Goldmillionen monatlich angegeben; wir erleiden dazu immer noch Wegnahme von öffentlichen Geldern.

Dazu kommen aber noch die unsichtbaren schlimmen Lasten: Neben den erhöhten Okkupationslasten die kaum erträglichen Wirtschaftshemmungen im Verkehr mit dem besetzten und unbesetzten Gebiet; der Eisenbahnverkehr ist immer noch gelähmt, Rohstoffe und Halbfabrikate, welche die deutsche Gesamtwirtschaft zu hohen Werten verarbeiten könnte, werden weggefahren, eben dadurch entstehen schädlichste Wirtschaftsstörungen und -verschiebungen, entstehen Doppelarbeiten und doch: Arbeitslosigkeit, weit über das durch die Wirtschaftslage erzwungene Maß hinaus.

Denn dies ist die traurigste Seite dieser kostspieligen, neuesten „Erfüllungspolitik“ unserer Großindustrie:

sie kostet uns ganz unverhältnismäßig viel mehr, als sie den Vertragsgegnern einbringt;
sie greift mechanisch, was sie im besetzten Gebiet findet, ist deshalb unorganisch, stört und schädigt unsern Wirtschaftsorganismus und macht ihn auf die Dauer leistungsunfähiger; auch hier wieder im bedauerlichen Gegensatz zur Erfüllungspolitik von 1922.

Diese Belastung der deutschen Wirtschaft ist größtenteils für beide Teile gänzlich unproduktiv. Deutschland trägt die Lasten,

*) Inzwischen immer wieder verlängert, so daß der volle Jahresbetrag bald erreicht sein wird. Die Red.

die Reparationsgläubiger haben nicht entfernt den Nutzen, der Deutschlands Schaden ist (z. B. bei den Eisenbahnen: wir verlieren den Ertrag aus besonders ertragreichen Strecken; die französisch-belgische Regie rechnet in Francs und hat bei fallendem Franc ganz genau dieselben Schwierigkeiten, wie unsere Eisenbahn sie bei fallender Mark hatte, nämlich wahrscheinlich keinen Gewinn, vermutlich Defizit. Wir würden beträchtlichen Ertrag herausholen, die Regie wird schwerlich auf ihre Kosten kommen; so erst recht bei zahlreichen Wegnahmen von Waren).

Wenn man nun jüngst an verantwortlicher Stelle einen Vorteil dieser Form der Reparationsleistung darin gefunden hat, daß diesmal nicht der Staat, sondern eben die Unternehmer Träger der Last seien, so scheint mir das wenig weitblickend. Dieser Unterschied ist kleiner, als es auf den ersten Blick scheint. Untersuchen wir: Auf welchen Schultern ruhen diese Lasten gegenwärtig? Fraglos zahlt das Reich unmittelbar die folgenden Summen:

die Besatzungskosten,
die Kosten der durch die Wegnahmen entstehenden Erwerbslosigkeit,
die weggenommenen Zölle im Westen und die sonstigen weggenommenen Gelder,
den schweren Ausfall an Eisenbahneinnahmen.

Die anderen Lasten haben bis zum 15. April 1924 die beteiligten Industrien übernommen und unterschrieben. Sie sind die Steuerzahler an die Entente. Wer sind die Steuerträger? Auch hier fraglos zum großen Teil das Reich. Zwar zahlt es den Unternehmern für diese Lasten zunächst nichts; aber solche Unternehmungen werden durch die Schwere der sie nunmehr treffenden Belastung sowohl in ihrer Steuerkraft ungefähr auf den Nullpunkt gebracht, wie sie auch schwerlich in der Lage sein werden, alle Vorschüsse, die ihnen während des Ruhrkampfes zuteil geworden sind, zurückzuzahlen. Darüber hinaus helfen den Unternehmern, die sicherlich aus ihren Gewinnen große Teile werden tragen müssen, die Arbeiter, indem sie Mehrarbeit leisten, ohne diese Ueberstunden höher bezahlt zu bekommen, also die Generalunkosten der Unternehmungen herabdrücken, und schließlich die Verbraucher, insoweit die allgemeinen Unkosten der Unternehmungen im Preise abgewälzt werden können; die deutschen Kohlenpreise sind nur durch die Micum-Last zu rechtfertigen. Nach den sonstigen Unterlagen der Selbstkostenberechnung dürften sie etwa 25% zu hoch sein.

Auf die Dauer ist es gänzlich unmöglich, daß ein Teil des Reiches die Lasten der Reparationen wirklich auf sich nehme, die das ganze Reich tragen soll. Ganz abgesehen von der politisch auf

die Dauer ebenso untragbaren Situation, daß der Westen des Reiches dadurch völlig zur Reparationsprovinz wird und seine Wirtschaftsmagnaten sich womöglich gar noch zu Reparations-Herzögen heranbilden.

Letzten Endes wird also kaum etwas anderes übrig bleiben, als die Reparationslast, soweit sie nun einmal unvermeidlich ist, auf das Reich selbst zu übernehmen.

So sieht also die Bilanz der Reparationspolitik nach System Stinnes-Bücher-Hugenberg aus. Wir ergänzen diese Darstellungen durch einen Vergleich zwischen dem von Rathenau Erstrebt und Erreichten und dem Dawes-Gutachten. Daß das Dawes-Gutachten gegenüber dem Londoner Ultimatum einen gewissen Fortschritt darstellt, das wird man trotz der gegenteiligen Behauptung von Helfferich nicht bestreiten wollen und können. Daß es überhaupt zu solchem Gutachten kam, das ist in erster Linie auch eine Folge der unablässigen Bemühungen Walther Rathenaus, der private Wirtschaftssachverständige immer wieder in die Reparationsfrage hineinzuziehen suchte und bereits im Mai/Juni 1922 durch das sogenannte „Morgan-Komitee“ den Weg fast geöffnet hatte. Vergleichen wir aber das Sachverständigengutachten und seine Leistungen mit demjenigen, was auf der einen Seite die Industriellen von Rathenau verlangten und nachher selbst erreichten, auf der andern mit dem, was Rathenau schon vor dem furchtbaren Blutverlust unserer Wirtschaft durch den Ruhrkampf erreicht hatte, so kommen wir zu folgenden Ergebnissen:

Derselbe Reichsverband der Deutschen Industrie, der einst gegen Rathenau und seine Ziele in ungezügelter Agitation nicht nur die „Wirtschaft“ und die unternehmerhörigen Parteien in heftigste Opposition gegen jede Politik der Leistung oder „Erfüllung“ getrieben hat, ist heute unter dem unerträglichen Micumdruck plötzlich ein Freund des Dawes-Gutachtens. Von Rathenau hatten sie verlangt:

1. Keine Zwischenlösung, sondern eine Endlösung, also eine endgültige Festsetzung der deutschen Leistungsfähigkeit unter weitgehender Herabsetzung der Forderungen der Alliierten. Das Dawes-Gutachten bringt keine endgültige Festsetzung der Forderung.

2. Sie hatten gegen die sehr mäßige Kontrolle, die im Sommer 1922 darüber eingeführt werden sollte, daß die deutsche Inflation nur mehr um gewisse Beträge wachsen dürfe, durch Helfferichs Mund nach dem Staatsgerichtshof rufen lassen. Rathenau selbst hat, wie jüngst bekanntgegeben wurde, die Forderung der Entente in Cannes, daß die

Reichsbank einen „technischen Berater“ vom Auslande erhalten solle, als Beeinträchtigung der deutschen Souveränität aufs entschiedenste abgelehnt. Jetzt bringt der Dawes-Bericht sieben verschiedene Formen der Kontrolle mit einer recht großen Zahl von Ententekommissaren und wirklicher realer Verpfändung deutschen Reichs- und Privateigentums und deutscher Steuern (nicht nur Verrechnung, wie nach dem Londoner Diktat).

3. Gegenüber dem von Rathenau bereits Erreichten ist aber der Dawes-Bericht, so gewiß er gegenüber dem Micum-System der Herren Stinnes, Bücher, Vögeler und Hugenberg ein ungeheurer Fortschritt ist, auch rein wirtschaftlich gesehen, kaum ein großer Fortschritt. Seine besten Teile sind von Rathenau und den Seinen bereits seit Jahren verlangt, angeregt und in den internationalen Konferenzen in die Vorstellungen der Vertragsgegner hineingearbeitet worden.

Gewiß bringt der Dawes-Bericht für einige Jahre eine Art Moratorium. Aber Rathenaus Abmachungen nach Cannes verlangten dem absoluten Betrage nach auch nicht wesentlich mehr und hätten aller Wahrscheinlichkeit nach leichter als diese Moratoriumsjahre durch Anleihe im Auslande finanziert werden können. Aussichtsreiche Verhandlungen waren von Rathenau schon Monate vor seiner Ermordung eingeleitet. Eine Summe von 2½ Milliarden für das Normaljahr geht aber recht wesentlich über dasjenige hinaus, was Rathenau zugestanden hatte und was er, der wirkungsvollste deutsche Unterhändler in allen internationalen Konferenzen, seit dem Herbst des Jahres 1921 zuzugestehen bereit war. In der Frage der sogenannten „Transferierung“, d. h. der Umwandlung der als Reparationssteuer eingehenden Markbeträge, kommt man aber im Sachverständigengutachten weitgehend auf Rathenaus Sachleistungsverträge zurück und findet in diesen Teilen des Sachverständigengutachtens alle jene Sicherungen wieder eingebaut, die Rathenau in wochenlangen persönlichen Verhandlungen zum Schutz der deutschen Währung in den sogenannten Cuntze-Bemelmans-Vertrag über die „freien Sachleistungen“ eingebaut hat.

Und wenn schließlich als einzige sichere Hoffnung auf Wirtschaftsbesserung in nächster Zeit die traurigste wirtschaftliche Fessel Deutschlands im Versailler Vertrag fällt, nämlich die klägliche Knebelung unseres Außenhandels durch die „einseitige Meistbegünstigung“, d. h. durch das Recht aller Unterzeichner des Friedensvertrages, bei uns die Meistbegünstigung in Anspruch zu nehmen und sie uns gleichzeitig vollkommen zu verweigern, so danken wir auch dies der unermüdlichen Arbeit der Rathenau, Wirth und ihrer Mitarbeiter, die in offenem Kampfe in der Wirtschaftskommission der Genueser Konferenz die Verurtei-

lung des Systems der einseitigen Bindung und die notwendige volle Gleichberechtigung Deutschlands in handelspolitischer Hinsicht nicht nur vertreten, sondern unter Gewinnung der großen Mehrzahl der dort vertretenen Völkerbundstaaten auch durchgesetzt haben. Die erste wirklich bedeutsame Grundlage für wirtschaftlichen Wiederaufstieg wurde damit gelegt. Die handelspolitische Freiheit Deutschlands, die nunmehr zum 10. Januar 1925 gesichert ist, ist die wirksamste und bedeutendste Ergänzung des Dawes-Berichts.

Und wenn nunmehr Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf den Gedankengang zurückgreift, die deutsche Kriegslast durch gemeinsame koloniale Betätigung Deutschlands und der Ententestaaten, insbesondere auch in den früheren deutschen Kolonien weiter abzubürden, so geht er wiederum Wege, die Rathenau schon vor Cannes gezeigt hat.

Bis in die Reihen der Deutschnationalen ist man endlich, endlich zu der Erkenntnis gekommen, daß Erfüllungspolitik unumgänglich ist, und dieselbe Deutsche Volkspartei, die noch im Februar 1922, nach der glänzenden Verhandlungsleistung in Cannes, gegen Rathenaus Wiedereintritt in die Regierung protestierte, weil er Erfüllungspolitik betreibe, muß nun dieselbe Politik, nur mit weit schwererer Last, gutheißen, um derentwillen sie den größten deutschen Außenpolitiker der Nachkriegszeit bekämpft hat, der zugleich einer der glänzendsten Repräsentanten deutschen Wirtschafts- und Kulturwillens im letzten Menschenalter gewesen ist.

Gemessen an den Taten seiner Feinde und Nachfolger hebt sich Rathenaus kurzes, aber doch bedeutsames Werk an Deutschlands Wiederaufbau in überragender Größe ab. Wir danken ihm an seinem blutigen Grabe für seine Taten und für seine weit über sein Leben hinausreichenden Wirkungen. Rathenaus segensreiche Wirksamkeit, selbst übers Grab hinaus, wird dazu helfen, endlich auch dem in den letzten Jahren so bitterlich irregeleiteten deutschen Volke zu zeigen, daß der größte Reichtum eines Volkes nicht auf Kanonen und nicht einmal auf Sachwerten beruht, sondern hoch über allem in der produktiven Ideenarbeit hervorragender Geister und in der Möglichkeit ihres Auswirkens in einer freien Demokratie.

Die Wirtschaftslüge des Fascismus

Von Giacomo Matteotti

Matteotti ist ermordet worden, weil er in der Kammer wesentliche Teile einer neuen, von ihm vorbereiteten Denkschrift vortragen wollte. Bereits vor einiger Zeit hatte Matteotti seine erste Denkschrift über den Fascismus der Öffentlichkeit übergeben; es war sein dringender Wunsch, daß nicht nur Italien, daß ganz Europa diese Urkunde von der politischen Perversität und der wirtschaftlichen Unfähigkeit des Fascismus kennen lerne. Besonders die deutschen Genossen wollte er erreichen. So ließ er auch uns diese erste Denkschrift zugehen. Wir veröffentlichen heute zunächst ein wirtschaftliches Kapitel, das uns darum besonders wichtig erscheint, weil ja auch unsere Fascisten ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm vortäuschen. In Italien hat man bereits erlebt, wie solch fascistischer Nationalismus sich auswirkt. Wir wollen die Warnung nutzen.

In einer Rede, die Mussolini am Vorabend der politischen Wahlen von 1919 hielt, verkündete er: „Eine der vornehmsten Forderungen des fascistischen Programms ist die Dezimierung des Reichtums, die Konfiskation der Ueberkriegsgewinne und eine brutale Besteuerung des Kapitals“.

In dem Programm des fascistischen Zentralkomitees wurde dann später, Juli 1920, gefördert: 1. Progressive Besteuerung des Kapitals; eine tatsächliche Expropriierung aller vorhandenen Reichtümer; in kürzester Zeit zu verwirklichen. 2. Einziehung aller Güter der geistlichen Kongregation und die Abschaffung aller bischöflichen Pfründen, die nichts weiter als eine ungeheure Belastung der Nation und ein Vorrecht der wenigen sind. 3. Revision aller Kriegslieferungskontrakte und Beschlagnahme aller untätig gebliebenen Ueberkriegsgewinne. 4. Starke Besteuerung der Erbschaften.

Wie waren nun die Taten des Fascismus? Wie hat er dieses Steuerprogramm, das die Grundlage der neuen Wirtschaft werden sollte, durchgeführt? Die Tatsachen haben eine nicht mißzuverstehende Antwort gegeben.

Kaum war die fascistische Regierung am Ruder, so wurde, um den Aktionären gefällig zu sein, durch den Erlaß vom 10. November 1922, das Gesetz abgeschafft, das von den Banken und anderen Unternehmungen die bis dahin geltende Registrierung verlangte, eine Kontrolle, durch deren Wegfall die Börsenpapiere jeder Besteuerung entzogen wurden.

Am 6. November 1922 erklärte der fascistische Unterstaatssekretär im Finanzministerium: die Einziehung der Kriegsgewinne müsse wieder beseitigt werden. Von nun an läßt sich feststellen, wie gerade die größten einträglichsten Unternehmungen der Industrie vor jedem fühlbaren Zugriff geschützt wurden. Es ist

darum nur kennzeichnend, wenn in dem Jahresbericht der Aktiengesellschaft „Savoyischer Lloyd“ gesagt wird: „Die Frage der Kriegsgewinne ist für unsere Gesellschaft endgültig geregelt worden, nachdem uns die Regierung erlaubt hatte, die Beträge, die wir für den Bau und den Erwerb neuer Schiffe bestimmt hatten, von der Kriegsgewinnsteuer freizuhalten“.

Bald danach kennzeichnete der Finanzminister die Besteuerung des Kapitals als eine äußerst dumme Maßregel. Er erließ ein Rundschreiben, die Abschätzungen und Inanspruchnahmen mögen rücksichtsvoll, schnell und gewandt durchgeführt werden. Damit geschah den kapitalkräftigen Steuerzahlern oder vielmehr den Kapitalisten, die Steuer hätten zahlen müssen, kein geringer Gefallen.

Und wiederum dauerte es nicht lange, und die Besteuerung der Vorstände der Aktiengesellschaften wurde aufgehoben.

Um aber einen Ausgleich für die auf mannigfache Weise verringerte Besteuerung der Kapitalisten und der großen Unternehmungen herbeizuführen, entschloß sich die fascistische Regierung zur Besteuerung aller Gehälter der Beamten des Staates und aller der Unternehmungen, die dem Massenkonsum dienen, im besonderen der Unternehmungen der Gemeinden, der Eisenbahn, der Bau- und der Schiffsgesellschaft. Ja, sie belegte sogar die kleinen Landwirte mit Steuern. Zur Unterstützung dieses seltsamen Sozialprogramms hat dann die fascistische Regierung die Aufhebung des Getreidezolls abgelehnt, abgelehnt die Aufhebung des Zolls auf Reis, abgelehnt die Aufhebung des Schutzzolls auf Mehl, abgelehnt die Ermäßigung der Abgabe auf Weintrauben und Wein, abgelehnt alle Herabsetzungen der Zölle auf Webstoffe, sowohl wollene wie baumwollene, abgelehnt die Ausfuhrzölle auf Tomatenkonserven, Käse, kurz abgelehnt alle Erleichterungen, die der breiten Masse hätten zugute kommen können.

Dafür aber wurde in vielen Bezirken Italiens, nämlich den ländlichen, den nicht zum Fascismus gehörenden Arbeiterorganisationen jede Lebensmöglichkeit zerstört. Selbst in den Großstädten und in solchen Landbezirken, in denen das fascistische Monopol sich weniger gründlich bemerkbar machte, hatten die Arbeiterorganisationen bald nur noch sehr beschränkte Freiheit. Nirgends im Lande aber können sie öffentliche Versammlungen abhalten, ja selbst die Beratung wichtiger Angelegenheiten ist ihnen verboten. Sie dürfen nicht Arbeitskontrakt und Arbeitsbedingungen fixieren. Dies alles gehört zum Grundrecht der fascistischen Korporationen, die ihre Diktate selbst solchen Arbeitergruppen aufzwingen, von denen Neunzehntel mit dem Fascismus nichts zu tun haben wollen.

Was die Beziehungen der fascistischen Regierung zum Kapitalismus und dessen Organisation betrifft, so hat die halbamtliche

Presse darüber die beruhigendsten Nachrichten verbreitet. Immer wieder haben die amtlichen Agenturen versichert, daß die Beziehungen zwischen dem Ministerpräsidenten und den Industrieverbänden die herzlichsten seien.

Ganz anderer Art sind die Beziehungen der Fascisten zu den Arbeitern. Diese werden unter Anwendung von Gewalt gezwungen, sich als Mitglieder fascistischer Korporationen einschreiben zu lassen. Wer in den ländlichen Kreisen nicht eingetragen ist, wird nicht beschäftigt, wird boykottiert. Das Streikrecht ist zertrümmert.

Entscheidungskampf

Von Victor Schiff

Es ist in den letzten Jahren von kommunistischer Seite ein derartiger Mißbrauch mit dem Begriff des „Entscheidungskampfes“ getrieben worden, daß man sich unwillkürlich scheut, dieses Wort zu gebrauchen, auch dann, wenn es berechtigt erscheint. Bei jeder kommunistischen „Aktion“ seit 1919 sind deutsche Arbeiter auf Moskauer Befehl in Not und Tod gehetzt worden, nachdem ihnen jedesmal in hysterischen Leitartikeln und Ansprachen versichert wurde, diesmal gelte es, den „Endkampf“ mit dem Kapitalismus siegreich auszufechten. Diese berufsrevolutionäre Barrikadenromantik verfängt aber schon seit geraumer Zeit nicht mehr. Von den 3,7 Millionen Stimmen, die die KPD. bei den Reichstagswahlen erhielt, dürften keine 5 Proz. ernstlich an eine baldige gewaltsame Austragung der Klassengegensätze glauben; die restlichen 95 Proz. haben lediglich aus Verzweiflung über die bisherige materielle Abwärtsentwicklung des Proletariats gehandelt; sie haben kein bestimmtes Glaubensbekenntnis zu der Diktatur des Proletariats, zu der Weltrevolution, zu dem „proletarischen Befreiungskrieg am Rhein Seite an Seite mit Sowjet-Rußland“ und zu den sonstigen Verheißungen der KPD. abgelegt, sondern ein Unglaubensbekenntnis zu alledem, was die Sozialdemokratie auf ihre Fahne geschrieben hatte: Demokratie, Parlamentarismus, nationale Befreiung durch Erfüllungspolitik.

Der reaktionäre Stimmenzuwachs erklärt sich größtenteils aus ganz analogen psychologischen Gründen: Verzweiflung über die nationale Lage des Deutschen Reiches, besonders seit der Ruhrbesetzung, verlorenen Glauben an die Möglichkeit einer friedlichen, für das deutsche Volk moralisch und materiell erträglichen Lösung der Reparationsfrage. Und, obwohl die politische Blödheit des deutschen Bürgertums oft unermesslich ist, es ist kaum denkbar, daß unter den 6 Millionen deutsch-nationaler und den 3 Millionen deutschvölkischer Wähler und Wählerinnen es allzuviele gab, die an die Möglichkeit eines Revancheckrieges und einer Wiederherstellung der Monarchie ernstlich glaubten. Aber sie sahen eben keinen anderen Ausweg aus ihrer nationalen Not, vielfach verschlimmert durch materielle Verarmung. Es ist nur ein kleiner Prozentsatz unter den Reaktionen, der aus persönlichen und materiellen Interessengründen die Niederwerfung der Republik und die Knechtung der Arbeiterschaft erstrebt: das ist höchstens die dünne Schicht von Großagrariern, Schwerindustriellen, pensionierten Offizieren und hohen Beamten. Aber diese bewußt konservativen Elemente sind es gerade, die die Führung der Reaktion in Händen haben. Und ebenso wie die Berufsrevolutionäre in der KPD. haben die Führer der Re-

aktion alles Interesse daran, daß die Voraussetzungen ihres parteipolitischen Aufstieges aufrechterhalten bleiben.

Es soll gar nicht bestritten werden, daß viele führenden Köpfe unter den Deutschnationalen und den Kommunisten in der Zeit des Wahlkampfes wirklich keine andere Lösung sahen, als den künftigen Revanchekrieg, bzw. die Weltrevolution. Sie standen vor der Tatsache, daß die ungeheure Mehrheit des französischen Parlaments die Politik Millerands und Poincarés billigte, und daß diese Politik imperialistisch war, daß sie auf die Loslösung des linken Rheinufer, auf eine möglichst ausgedehnte Besetzung des Ruhrgebietes und auf eine Niederhaltung der deutschen Wirtschaft unter gleichzeitigen Höchstansprüchen an Reparationszahlungen abzielte, daran konnte kaum gezweifelt werden. An die Möglichkeit einer Beseitigung Poincarés glaubte man eben nicht und infolgedessen auch nicht an eine Räumung des Ruhrgebietes selbst nach der Annahme des Sachverständigengutachtens durch Deutschland.

Das französische Wahlergebnis vom 11. Mai hat die einsichtigen Elemente unter den Parteien, die bisher die Erfüllungspolitik bekämpft haben, in eine eigentümliche Lage versetzt. Zweifellos machen sie gegenwärtig eine schwere Gewissenskrise durch. In ihrer Seele ringt das vaterländische Gefühl (bei den Rechtsparteien) oder die Lage um das Schicksal der Arbeiterklasse (bei den Kommunisten) mit dem Interesse an der Erhaltung ihrer parteipolitischen Stärke. Das parteipolitische Interesse wird noch verstärkt durch das allzumenschliche Gefühl der Rechthaberei. Wie schwer ist es für einen Politiker, einen Irrtum zu bekennen, und wie selten kommt es vor, daß jemand den wahrhaft staatsmännischen Mut aufbringt, offen auszusprechen: „Die Entwicklung der Ereignisse hat meine Auffassung widerlegt. Unter diesen Umständen stehe ich nicht an, zu erklären, daß die bisher von mir aus sachlicher Ueberzeugung bekämpfte Politik in Zukunft notwendig sein wird.“

Wie viele unter den bekannten Führern der Rechtsparteien werden sich zu diesem Bekenntnis aufrufen? Wahrscheinlich kein einziger. Im Gegenteil, die Deutschnationalen und Deutschvölkischen werden aus parteipolitischer Verbohrtheit zwangsläufig dazu gebracht werden, eine noch unaufrichtigere und verderblichere Politik zu treiben als bisher. Ebenso die Kommunisten. Denn es ist die unerbittliche Logik der Katastrophenpolitiker, daß, wenn die Verhältnisse nicht mehr für sie arbeiten, sie selbst daran arbeiten müssen, solche Verhältnisse zu schaffen, die ihnen die Fortführung ihrer Katastrophenpolitik ermöglicht.

Diese Entwicklung läßt sich mit erschreckender Deutlichkeit seit sechs Wochen bereits beobachten. Unmittelbar nach den französischen Wahlen hätte die elementarste nationale Pflicht gefordert, daß man alles vermied, was geeignet sein konnte, die Tatsache des Umschwunges in Frankreich wieder rückgängig zu machen, den wunderbaren Drang der neuen Mehrheit des französischen Volkes nach neuen politischen Methoden zu hemmen, die Stellung und die Aufgabe der kommenden Staatsmänner zu erschweren. Was ist aber geschehen? So ziemlich das Gegenteil davon! Die mehr als dreiwöchigen Verhandlungen mit den Deutschnationalen waren nicht nur innerpolitisch schmachvoll — und ekelregend — sie waren vor allem außenpolitisch ein Verbrechen an Deutschland. Daß die Vollendung dieses Verbrechens in letzter Stunde verhindert werden konnte, war jedenfalls nicht das Verdienst der Deutschnationalen und noch weniger der Deutschen Volkspartei.

Die Rechtspresse hat nach ihrer anfänglichen, durchaus begreiflichen Verlegenheit über die französischen Wahlergebnisse, sehr bald diejenige Parole ausgegeben, die am meisten geeignet war, die Stellung der neuen Linksmehrheit in Frankreich zu erschüttern. Sie erklärte dreist und ver-

logen: „Es ist die Angst vor dem deutschen Revanchekrieg, die in der Niederlage des nationalen Blocks zum Ausdruck kommt. Das Anwachsen der deutschnationalen Bewegung ist es, die Poincaré besiegt hat.“ Mit wahrer Wollust werden in den Blättern des nationalen Blocks seit den Wahlen alle derartigen deutschnationalen Pressestimmen wiedergegeben, um den Linksblock zu kompromittieren.

In Wirklichkeit liegen die Dinge so: die große Mehrheit des französischen Volkes will den wirklichen Frieden, die Verständigung mit Deutschland. Und sie wirft mit vollem Recht Poincaré vor, daß er nicht nur unfähig war, diese Verständigung anzubahnen, sondern daß er im Gegenteil durch seine Politik der Gewalt und der ewigen Erniedrigungen Deutschlands die reaktionären Elemente bei uns erst hochgebracht, hingegen die demokratischen Elemente dauernd geschwächt hat. Aus der Tatsache aber, daß das französische Volk in seiner Mehrheit den Frieden will, zu schließen, daß es Angst vor den deutschnationalen Hanswürsten empfindet, ist einfach grotesk.

Auch sonst hat man sich in Deutschland mit allen Mitteln und schon mit einigem Erfolg bemüht, durch Dummheiten oder Provokationen das Himmels Geschenk des 11. Mai zu zerschlagen, die ohnedies nicht übermäßig starke Stellung der neuen Männer zu erschweren, Bayern mit seinen Prinzenparaden voran, den ewigen Kadettenschüler Ludendorff mit seinen Ansprachen nicht zu vergessen. Selbst Dr. Stresemann, der allerdings in der wenig beneidenswerten Lage ist, ein volksparteilicher Begabter unter lauter Schölnern zu sein und auf letztere ewige Rücksichten nehmen zu müssen, konnte es nicht unterlassen, ausgerechnet jetzt die Aufrollung der Kriegsschuldfrage zu fordern. Der deutsche Spießbürger verwechselt allzuoft die weltpolitische Bühne mit jenen Schaubuden auf den Rummelplätzen der Vorkriegszeit, wo man für einen Groschen allerhand Porzellan- und Glasgegenstände mit Holzkugeln zerschlagen durfte.

Die Rückwirkungen dieser Art von „Politik“ auf die Stimmung in der französischen Linken war zur Zeit der Präsidentenkrise deutlich zu verspüren. Man bedenke, daß der historische Akt der programmatischen Festlegung Herriots, wie sie in dem Brief an Léon Blum, d. h. an den französischen Sozialistenkongreß gerichteten Brief erfolgte, gerade mit dem fünften oder sechsten Versuch der Deutschen Volkspartei zusammenfiel, die Regierung des Bürgerblocks dennoch zu bilden. Herriot mußte zu jeder Stunde mit der Möglichkeit rechnen, daß in Berlin eine Reichsregierung mit jener Partei gebildet werden würde, die seit Jahren die Erfüllung des Friedensvertrages bekämpft und den Revanchekrieg und den ewigen Haß gegen den „Erbfeind“ predigt. Hätte Herriot damals die Ruhräumung und die Amnestie für die Opfer des Ruhrkampfes verkündet, aber gewissermaßen als deutsche Antwort darauf die Bildung einer Bürgerblocksregierung in Berlin einstecken müssen, so wäre er in Frankreich moralisch erledigt gewesen, noch bevor er das Amt des Ministerpräsidenten antrat.

Ich hatte in den letzten Wochen zweimal Gelegenheit, längere Zeit mit Herriot unter vier Augen zu sprechen. Das erste Mal wenige Tage nach den Wahlen, als er mir jene Erklärungen für den „Vorwärts“ gab, die an sich schon eine Tat waren: denn es war wohl das erste Mal seit Kriegsende, daß ein führender bürgerlicher Politiker einem deutschen Pressevertreter ein Interview gewährte, und vor allem, was er damals über das deutsch-französische Problem und über die Notwendigkeit der Versöhnung ausführte, war das unerschrockene Bekenntnis eines Mannes, der die Anfeindungen der nationalistischen Hetzer seines Landes nicht fürchtet und den wahren Frieden aufrichtig erstrebt. Unsere

Nationalisten haben die Bedeutung seiner Worte durchaus erkannt, denn ihre Blätter haben mit imponierender Disziplin dieses Interview vollständig totgeschwiegen. Das zweite Mal, etwa drei Wochen später, während eines erneuten Aufenthalts in Paris, am Tage vor der Neuwahl des Präsidenten der Republik. Ueber den Inhalt dieser zweiten, fünfviertelstündigen Unterredung habe ich denjenigen Stellen Bericht erstattet, die es angeht, muß es mir jedoch natürlich versagen, öffentlich von einer vertraulichen Aussprache Gebrauch zu machen. Aber ich glaube auf Grund dieser persönlichen Erfahrungen berechtigt zu sein, ein Urteil über den Nachfolger Poincarés auszusprechen. Und da möchte ich aus vollster Ueberzeugung sagen, ja hinausstreifen und diese Ueberzeugung all denen beibringen, die sich nicht durch fanatischen Haß und durch parteiegoistische Verblendung leiten lassen: dieser Mann ist die personifizierte Aufrichtigkeit. Er will die deutsch-französische Versöhnung. Er liebt sein Volk und besitzt zugleich die in den heutigen Zeiten nur allzu seltene Gabe, die anderen Völker zu verstehen und zu achten. Er hat volles Verständnis für die physischen und seelischen Leiden des deutschen Volkes, er ist sich durchaus aller Sünden der bisherigen französischen Politik gegenüber der deutschen Republik bewußt.

Unter diesen Umständen ist es geradezu selbstverständlich, daß Herriot alles unterlassen wird und unterlassen muß, was die deutsche Reaktion stärken könnte. Einer Reichsregierung gegenüber, in der Deutschnationale säßen, hätte es kein Versprechen der Ruhrräumung geben können. Denn die mala fides jener Gesellschaft, die sogar den Wahlsieg des Linksblocks als eine Folge der „Angst vor der nationalen Wiedergeburt Deutschlands“ hinzustellen wagte, hätte nicht verfehlt, jede derartige Konzession als einen Erfolg der deutschnationalen Politik zu bezeichnen. Da ich ferner — genau wie Genosse Breitscheid — in allen meinen Unterredungen mit den Führern der neuen Mehrheit, einschließlich natürlich Herriots, den stärksten Nachdruck auf die Notwendigkeit einer umfassenden Amnestie für die deutschen Opfer des Ruhrkampfes gelegt habe, vermag ich sogar mit absoluter Gewißheit hinzufügen: Wären die Pläne der Hergt, Scholz und Konsorten geglückt, hätte die menschliche — in Frankreich stark beachtete und übel empfundene — Vermittlungsaktion des General v. Seeckt zugunsten des Bürgerblocks zum Ziele geführt, dann wäre die Amnestie noch nicht verkündet und in Durchführung begriffen. Und das gilt sinngemäß für alle Fragen, über die die beiden Regierungen in nächster Zeit miteinander werden verhandeln müssen.

Die deutschnationale Presse hat nun vollkommen klar erkannt, daß sie den wirksamsten Faktor bei der Verhinderung einer deutsch-französischen Annäherung bildet. Deshalb ist sie über das Stadium der Tölpelhaftigkeiten hinaus in die Aera der bewußten Provokationen getreten. Nach der Verlegenheit und Kopflosigkeit der ersten Wochen seit dem 11. Mai hat sie den Weg der planmäßigen Hetze gegen Herriot beschritten. Sie hat vollkommen klar erkannt, daß die Amnestie, die Ruhrräumung, mit einem Wort: die deutsch-französische Verständigung für sie die parteipolitische Katastrophe bedeutet. Deshalb ist sie nunmehr krankhaft bemüht, nicht nur zu leugnen, daß überhaupt ein Kurswechsel in Frankreich stattgefunden hat, sondern sie bezeichnet sogar dreist die neue Regierung Herriot als schlimmer als die Regierung Poincaré. Die „37 Jahre Ruhrbesetzung“, mit denen der „Lokal-Anzeiger“ und die „Deutsche Zeitung“ nach der Programmdebatte in der französischen Kammer operierten, lassen in die Seele dieser Herrschaften tief blicken, und wir können uns auf diesem Gebiet noch auf allerhand gefaßt machen. Auch die Breitscheid-Hetze gehört zu diesem verbrecherischen Kapitel.

Kein Zweifel daran: die deutsche Reaktion — und mit ihr Hand in Hand selbstverständlich die Angestellten Sinowjews — werden in den nächsten Wochen alles daran setzen, Herriots Stellung zu erschüttern und Poincaré-Millerand wieder in den Sattel zu helfen. Es ist dies für die Extreme von rechts und von links eine Frage von Leben und Tod.

Gegen dieses landesverräterische Treiben gilt es nun für uns, für alle deutschen Republikaner, den Kampf aufzunehmen. Es ist dies im wahrsten Sinne des Wortes ein Entscheidungskampf. Von der Entwicklung der nächsten Wochen in Deutschland und Frankreich, von dem Ausgang der großen Kraftprobe zwischen der Demokratie und der Reaktion von rechts und links in beiden Ländern hängt alles auf Jahrzehnte hinaus ab. Allen voran muß die deutsche Sozialdemokratie im ganzen Lande den Kampf gegen die volksverderberischen Katastrophenpolitiker mit jenem offensiven Geist, mit jener Rücksichtslosigkeit führen, denen wir einst unseren wunderbaren Aufstieg verdankten. Daß unser Tiefpunkt überschritten, daß die ersten großen Rückwirkungen des französischen Umschwungs auf das deutsche Volk in Erscheinung treten, das lehren eindringlich die Wahlen zum anhaltischen Landtag. Wir müssen es zur Auflösung dieses unmöglichen Reichstags treiben, der einer baldigen Erledigung der Dawes-Gesetze im Wege steht und überhaupt jede großzügige und fruchtbare Friedenspolitik verhindern würde. Wir müssen von der Memel bis zum Bodensee die Deutschnationalen, Deutschvölkischen und Kommunisten als die Volksverräter brandmarken, die die Ruhrbesetzung verewigen wollen, um ihre parteipolitischen Interessen zu schützen. Wir müssen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold so entwickeln, daß die „Deutschen Tage“ in der Lächerlichkeit abgeschlossener Biersaufereien untergehen. Wir müssen durch unsere Aktivität und Entschlossenheit dem deutschen Volke das Bewußtsein beibringen, daß die Sache, für die wir jetzt den Entscheidungskampf führen, eine heilige Sache ist. Denn bis wir sind es, die den Kampf führen werden für den Frieden und die Freiheit des Vaterlandes. Und die Arbeiter werden es verstehen, daß unser späteres Ringen um den Sozialismus erst möglich sein wird, wenn auf dem Boden der deutschen Republik internationaler Frieden und nationale Freiheit herrschen.

Zur Schutzzoll-Debatte

Von Dr. Hans Esser

I.

In dem Agitationslärm der Wahl und in der großen politischen Debatte über Annahme oder Ablehnung des Sachverständigengutachtens konnte der Frage unserer künftigen Zollpolitik nicht die notwendige Beachtung geschenkt werden. Hier ist nachzuholen.

Die Landwirtschaft, die „nationalen“ Kreise haben sich bereits wieder der alten Schlagworte bemächtigt, obwohl sich die Dinge, um die es hier geht, seit dem Kriege völlig gewandelt haben. Man hört, daß die Regierung an der Neuaufstellung des Zolltarifs arbeitet, daß Handelsverträge in weitgehendem Maße in Vorbereitung sind, man spricht von dem Kometenjahr der Handelsverträge 1925! Aber nach welcher Richtung die deutsche Zollpolitik geführt, und wie sie in die Gesamtlinie der Welt-handelsentwicklung eingestellt werden soll, davon hört man weder von der Regierung etwas, noch kümmert sich die große Politik darum. Bei dieser Einstellung besteht die ernste Gefahr, daß auf das Tagesdrängen der sich in einer augenblicklichen Krise befindlichen Landwirt-

schaft hin plötzlich wieder die alten Schutzzölle errichtet werden, ohne daß die grundlegende Frage beantwortet ist: ob die deutsche Wirtschaft auf Grund ihrer heutigen Struktur und im Hinblick auf ihre künftige Stellung in der Weltwirtschaft die frühere Schutzzollpolitik weiterführen kann und darf. Nach bewährten deutschen Mustern besteht allerdings heute schon fast die Gewißheit, daß wir in der Zollfrage in eine innen- wie außenpolitisch schwierige Situation hineinschlenkern, über deren Folgen sich weder die Regierung noch die Politiker klar sind.

In der Welt bildet sich Kreis um Kreis sich selbst genügender Wirtschaftskörper. Amerika ist diesem Ziel am nächsten, Frankreich sucht mit seinen Kolonialgebieten einerseits und dem Einfluß auf die Staaten der Kleinen Entente andererseits einen wirtschaftlichen Innenausgleich zu schaffen. Der englische Gedanke der Reichsföderation, der die englischen Industrien bei der Versorgung mit Rohstoffen bevorzugt und außerdem den Zugang zu ihren Mächten durch Zölle erschwert, stellt den dritten Versuch dar, einen in sich geschlossenen Rohstoff- und Fertigwarenkreislauf zu finden*). Aber England steht heute noch vor der Entscheidung. Die gegenwärtige Regierung Macdonald begünstigt diese Entwicklung nicht. Um so mehr ist es für Deutschland wie auch rückwirkend vielleicht für England von entscheidender außenpolitischer Bedeutung, wie es sich bei dieser weltwirtschaftlichen Situation zur Schutzzollfrage verhält.

Schmoller hat mit Recht die Schutzzollpolitik als eines der hervorragendsten internationalen Machtmittel bezeichnet. Nur daß heute das hervorragende Machtmittel sich ausschließlich in den Händen unserer Gegner von gestern befindet. Wohl war das deutsche Beispiel von jeher ein Hauptargument aller Schutzzollvertreter. Aber die damit gestärkte internationale Schutzzollpolitik hatte sich vor allem gegen unsere deutschen Wirtschaftsinteressen gewandt. Ob wir bei den heutigen machtpolitischen Verhältnissen diesen Bestrebungen von neuem Nahrung geben und womöglich im nächsten englischen Wahlkampf der englischen Schutzzollpolitik in den Sattel verhelfen dürfen, das ist die entscheidende Vorfrage von jeglicher Maßnahme auf dem zollpolitischen Gebiet, vor allem aber auf dem der Agrarzölle.

II.

Sind denn die inneren Voraussetzungen zu einer Schutzzollpolitik die gleichen wie vor dem Krieg? Wichtige landwirtschaftliche Gebiete sind verloren. Monopolstellungen Deutschlands, z. B. für Kali, für chemische Produkte, sind eingeschränkt. Wesentliche Absatzgebiete wie Rußland, Osteuropa sind in ihrer Kaufkraft für den deutschen Markt nicht mehr von früherer Bedeutung. Die Kapitallage der deutschen Wirtschaft beansprucht heute in steigendem Maße Auslandskredite. Mehr Einfuhren gerade landwirtschaftlicher Produkte sind notwendig geworden. Die Ausfuhrmöglichkeiten dagegen sind erheblich gemindert. Die innenwirtschaftliche Basis für die Zollpolitik ist damit grundlegend gegen früher geändert. Die innere Produktion hat sich nach der fertigungsindustriellen Seite verschoben. Mehr Fertig- und Qualitätswaren müssen schon zum Ausgleich der Bilanz exportiert werden. Durch Schutzzölle, insbesondere Eisen- und Agrarzölle, werden aber gerade die Fertigungsindustrien mit ihren größeren Arbeiterzahlen besonders betroffen. Auf ihre Konkurrenzfähigkeit wirkt nicht nur die durch den Agrarzoll (im früheren Ausmaß) gegebene mittelbare Steigerung der Löhne von schätzungsweise mindestens 5% im Durchschnitt, sondern auch die Last der Schutzzölle der Staaten, in welche sie ihre Produkte absetzen müssen. Nur ein Beispiel: Die Vereinigten Staaten von Amerika,

*) Brentano, in der Hilferdingschen „Gesellschaft“ Nr. 8: „Schutzzoll und Freihandel in England und Deutschland.“

die durch ihre natürliche Bevorzugung vor allen anderen Staaten des Weltmarktes der wirtschaftlichen Autokratie am nächsten gekommen sind, können nötigenfalls auf jede Einfuhr verzichten. Die Schuldner- und Kundenländer Amerikas sind aber auf die Einfuhr dorthin angewiesen, da sie nur hierdurch ihre Verpflichtungen (Anleihen) abtragen können und somit gezwungen sind, den Hauptteil der amerikanischen Schutzzölle zu tragen.

Die deutsche Wirtschaft kann ihre eigenen Schutzzölle nach außen nicht abwälzen, sie werden vielmehr in erhöhten Produktionskosten gerade der Qualitätsindustrien in Erscheinung treten, die noch dazu gezwungen sind, bis zu einem gewissen Grade auch den Schutzzoll desjenigen Landes zu tragen, nach welchem sie exportieren wollen.

Sowohl in der inneren Wirtschaftsstruktur wie in unserer Abhängigkeit vom Ausland haben sich also derartig grundlegende Aenderungen vollzogen, daß eine Wiederherstellung der früheren Zollpolitik auch selbst für diejenigen Unmöglichkeit sein müßte, die der damaligen Politik ihre Zustimmung gegeben haben.

III.

Unmöglichkeit? — In Deutschland ist das Unmögliche auf politischem Boden — das wahrscheinlichste. Die Befürworter der Wiederherstellung der früheren Zollpolitik mühen sich keineswegs, den veränderten Verhältnissen mit neuen Argumenten gerecht zu werden. Wo Argumente sachlicher Art fehlen — helfen „nationale Belange“. „Der heimische Markt dem* heimischen Erzeugnis.“ Die heimische Erzeugung hat aber ohnehin vor dem ausländischen Wettbewerb schon den Vorzug der Kenntnis des Marktes, der Frachtersparnis und der Spesenersparnis voraus. Eine Produktion aber, die sich trotz dieser Vorsprünge auf die Dauer nicht zu behaupten vermag — die Frage des Erziehungszolles und vorübergehenden Gesundheitszolles wird später behandelt — ist, wirtschaftlich gesehen, nicht erhaltungswert. Die in ihr investierten Kapitalien und Arbeitskräfte würden vorteilhafter einer lebenskräftigeren Produktion zugute kommen. Dann schon lieber billiger einführen, um billiger ausführen zu können. Die Kosten einer zollgeschützten Industrie müssen unter den heutigen Verhältnissen von den anderen Wirtschaftsgruppen getragen werden. Und unsere Volkswirtschaft steckt heute schon voll von solchen Belastungen. Die Generalunkosten unserer Wirtschaft sind zu hoch. Sie ist überbelastet mit den Auflagen für einen zu weiten Handelsbank- und Produktionsapparat, der sich nur durch die fast ein Jahrzehnt dauernde Kriegs- und Inflationsblockade durchhalten ließ. Ein schlechter Dienst würde unserer Textilindustrie selbst erwiesen, wenn ihr für eine spätere Aufhebung der Einfuhrverbote ein hoher Zollschatz zuteil würde, wofür gewiß Interessenten eintreten. Auf einem zu großen Inlandsverbrauch eingestellt, würde sie dann noch schwerer den so notwendigen Anschluß an die Preise des Weltmarktes finden. Ganz abgesehen davon, daß eine derartige Belastung des inneren Verbrauches nicht nur den inneren Markt schwächen, sondern vor allem die Ausfuhr der anderen Warengruppen beeinträchtigen müßte. Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik muß in einer konsequenten und einheitlichen Ausfuhr- und Welthandelspolitik liegen. — Noch haben wir in den letzten Monaten erst eine Ausfuhr von 45 Proz. der Friedensausfuhr erreicht und auf der andern Seite uns durch einen in den ersten fünf Monaten des Jahres über eine Milliarde betragenden Einfuhrüberschuß dem Auslande gegenüber beträchtlich verschuldet. —

Wir haben deshalb allen Anlaß, die geänderten innen- wie außenwirtschaftlichen Verhältnisse in der kommenden Zolldebatte zu berücksichtigen.

Vor zehn Jahren

Preis Ausschreiben

Wir haben Sr. Exzellenz, dem Herrn Kriegsminister Generalleutnant von Carlowitz bei Erlaß der Mobilmachung 1000 Mark für den sächsischen Soldaten, der die erste feindliche Fahne, das erste feindliche Geschütz oder Maschinengewehr erobert, zur Verfügung gestellt. Redaktion und Verlag der „Dresdner Neuesten Nachrichten“.

Es lebe die Armee!

Heil dem König, dem Kaiser, dem Reich!

„Dresdner Neueste Nachrichten“, 2. August.

Der Amerikaner als Bundesgenosse

... Als die Menge Unter den Linden ihren Haß gegen England zum Ausdruck gab, hielt der Abgeordnete Dr. Heckscher vom Balkon des Hotels Adlon aus eine begütigende Ansprache an das Publikum. Er warnte vor Ausschreitungen gegen englisch redende Personen. Dabei seien Verwechslungen mit Amerikanern unausbleiblich. Die Amerikaner aber seien ein stolzes Volk und in ihnen erstehe uns ein Bundesgenosse, dessen Bedeutung nur in diesem Augenblick noch nicht abzuschätzen sei.

„Hannoverscher Courier“, 5. August.

Das Aufsatzthema

Aus dem Brief einer Witwe in der Provinz Sachsen... Kuriosum: Die Primaner des hiesigen Gymnasiums bekamen gestern als Aufsatzthema: „Und nun wollen wir sie dreschen!“

„Der Reichsbote“, 12. August.

So klingt es aus der Sprechmaschine...

Bei einer Berliner Phonographenfabrik ist von einem bekannten Operettenkomponisten angeregt worden, Aufnahmen der Stimmen von Kriegern, die ins Feld ziehen, für einen billigen Preis anzufertigen. Die „Aufnahmemaschine“, vor deren Trichter sonst nur berühmte Sänger oder Komiker Platz nehmen, dient nun dazu, um die Stimmen der ins Feld Ziehenden aufzunehmen. Für 20 Mark können dann die in der Heimat Zurückgebliebenen den Tonfall, den Klang der Stimme der ach so Fernen immer wieder vernehmen. „Lebt wohl, ihr Lieben, auf frohes, gesundes Wiedersehen, ich werde euer immer gedenken, lebt wohl!“ — so klingt es geheimnisvoll aus der Sprechmaschine. Und ergriffen werden sie der Stimme des fernen Lieben lauschen.

„Berliner Tageblatt“, 7. August.

Von einwandfreier Seite?

Dem „Düsseldorfer Generalanzeiger“ wird von einwandfreier Seite berichtet, daß bestialische Belgier flüchtende Deutsche in brennende Hochöfen geworfen haben.

„Vossische Zeitung“, 15. August.

Moissi und der Kronprinz

Alexander Moissi, der, wie bekannt, Italiener ist, hat sich, wie wir hören, vorgestern telegraphisch an den Kronprinzen gewendet, mit der Bitte, ihm zum Eintritt in die deutsche Armee zu verhelfen. Der Kronprinz hat wenige Stunden später durch seinen Flügeladjutanten, den Grafen Bismarck-Bohlen, Moissi ver-

ständigen lassen, daß er sich sofort beim Kriegsministerium melden solle, wo er seinen Wunsch befürwortet habe. Moissi wurde auf Veranlassung des Kriegsministeriums sofort ärztlich untersucht und für tauglich befunden, alsdann zwecks seiner Naturalisierung dem Königlichen Polizeipräsidium überwiesen. Seiner Naturalisation steht nichts mehr im Wege. Am Montag soll bereits seine Ausbildung beginnen.

„Berliner Tageblatt“, 8. August.

Armer Chamisso!

Kurfürstendamm 12 „Kurfürst“, Weinrestaurant Kurfürstendamm 12

ERSTER VATERLÄNDISCHER ABEND

Zum Wohle des Roten Kreuzes. (Der Ertrag wird abgeliefert.)

Sonnabend abend von 8 Uhr an: Fest-Abendessen 3 Mark

zugleich Weihe des neuen Namens „Kurfürst“
(Patent: Ruhm und Sieg)

Rhein-Wein Mosel Deutscher Rotwein

Zur gefl. Kenntnisnahme: Das obige Restaurant ist das frühere „Boncourt“. Altbewährte Leitung und Küche verbleiben. Der Name wurde sofort und vor der Mobilisierung gelöscht, obwohl derselbe entnommen wurde aus dem deutschen Lesebuch, dem deutschen Gedicht von dem deutschen Dichter A. v. Chamisso, der Edelknabe der preußischen Königin und Hauptmann war. Jeder Deutsche dürfte dies deutsche Gedicht gleichen Namens in der Schule gelernt haben.

Um regsten Besuch wird im Interesse des „Roten Kreuzes“ sehr gebeten.

„Berliner Tageblatt“, 8. August.

Der „Betrieb“ wird aufrechterhalten

Die Herren meiner Klientel, denen es aus irgendwelchen Gründen nicht vergönnt ist, an dem Feldzuge teilzunehmen, bitte ich, mir dieses sofort mitzuteilen, da ich meinen Betrieb in vollem Umfange aufrechterhalte. Margarethe Bornstein, „Ehevermittlung“, „Villa Margarethe“, Berlin-Grünwald, Trabener Straße 14. Am Bahnhof Grünwald. Gegr. 1898. Tel. Uhland 289.

„Berliner Tageblatt“, 16. August.

Geschwindigkeit ist keine Hexerei!

Daß auf dem Gebiete der Kriegsgeschichtsschreibung Geschwindigkeit keine Hexerei ist, zeigt eine im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ vom 8. August — also kaum acht Tage nach der Mobilmachungsorder — befindliche Anzeige eines bayerischen Verlegers, der eine illustrierte Geschichte des Krieges von 1914 in 10 Lieferungen zu 64 Seiten ankündigt, deren erste schon nächste Woche zur Ausgabe gelangt. Es wird dem Herrn Chronisten etwas schwer fallen, mit seiner Schnelligkeit die gleiche Gründlichkeit zu verbinden.

„Frankfurter Zeitung“, 10. August.

Hilfe

Berlin, 12. August. In einer heute nachmittag im großen Saale des Gewerkschaftshauses abgehaltenen, überaus zahlreich besuchten sozial-

demokratischen Kriegsversammlung (die Hauptzahl der Besucher bestand aus Frauen) wurde auf Antrag der Frau Luise Zietz, Mitglied des Parteivorstandes, beschlossen, Kommissionen in Groß-Berlin zu bilden, die den Hinterbliebenen der im Felde stehenden Soldaten und den durch den Krieg arbeitslos Gewordenen Hilfe leisten. Frau Zietz bemerkte, die Sozialistinnen sollten selbständig vorgehen, aber mit den bürgerlichen Frauen Hand in Hand arbeiten. Es habe sich auch bereits eine Anzahl sozialistischer Aerzte der Frauenhilfsaktion zur Verfügung gestellt. Der Vorsitzende, Eugen Ernst, teilte mit, daß die Parteiorganisation Groß-Berlins gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Deutschland bereits ähnliche Hilfsaktionen in die Wege geleitet habe.

„Königsberger Hartung'sche Zeitung“, 12. August.

Ueberall dasselbe!

Kopenhagen, 11. August. (W.T.B.) Aus Paris wird gemeldet: Der hiesige norwegische Gesandte, Wedel Jarlsberg, wurde hier unter dem Verdacht, ein deutscher Spion zu sein, verhaftet. Erst nach längerer Zeit wurde der Irrtum aufgeklärt und der Gesandte freigelassen. Viviani bat um Entschuldigung.

„Kieler Zeitung“, 12. August.

C'est la guerre

Zwei Verwundete lagen auf dem Feld. Beim Morgengrauen fordert der Franzose den Deutschen auf, die Waffen zu strecken. Er tat es nicht. Darauf stach ihn der Franzose mit dem Seitengewehr. Der Deutsche warnte ihn und bat ihn, doch jetzt als Verwundeter Frieden zu geben. Der Franzose stach aber bald wieder. Dann erschlug ihn der Deutsche — wie er mir selbst sagte — blutenden Herzens mit dem Gewehrkolben. Er selbst war in der Brust verwundet.

„Kölnische Volkszeitung“, 17. August.

Bayerisches

Der Krieg erhitzt die Gemüter in ganz unglaublicher Weise. Jede, auch die blödsinnigste Nachricht findet gläubige Herzen genug. So wurde auch in einer niederbayerischen Stadt das Gerücht geglaubt, daß man in München derart an Hungersnot leide, daß man schon Ratten, das Stück um 20 Pf., kaufe. „Hofer Anzeiger“, 14. August.

Französische Architektur

Von Otto Grautoff

Der neue Architekturgeist Deutschlands und Amerikas hat deshalb solange in Frankreich keine Resonanz gefunden, weil er in seinen Anfängen zu losgelöst vom Leben, zu „künstlerisch“ im schlechtesten Sinne des Wortes war. In der französischen Architektur hat sich vom 17. Jahrhundert an bis heute das Proportionsgefühl erhalten. Es wird in jedem Straßenbilde deutlich; es wirkt sich in den Lebensgewohnheiten der Franzosen als Rhythmus aus. Das Gefühl für den Zusammenhang aller Dinge und Erscheinungen hat die strenge Gliederung, die straffe Rhythmisierung des bürgerlichen Lebens geschaffen. Man „dejeuniert“ zwischen 12 und 2; man „diniert“ pünktlich zwischen 6 $\frac{1}{2}$ und 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, und zwar in einer bestimmten Folge von Platten. Diese Regel erfüllt der Arbeiter ebenso wie der Präsident. Das taktmäßig gegliederte Leben vollzieht sich in einem architektoni-

schen Rahmen, dessen Proportionen tief im Volksbewußtsein verankert sind. Revolutionäre prallen vor der objektiven Geltung dieser Gesetzmäßigkeit ab. Stürmer und Dränger fuchtelten dann, solange es ihnen Vergnügen bereitet, einsam in der Luft herum. Niemand nimmt sie ernst. Eines Tages geht ihnen der Atem aus; dann ist die Revolution zu Ende. Dies war das Schicksal junger Kunstgewerbler fast zwanzig Jahre hindurch, die osteuropäischen Architekturgeist nach Frankreich verpflanzen wollten.

Gerade um 1914 hat ein neues Geschlecht, das einerseits mit Recht fürchtete, daß Frankreichs Innen- und Außenarchitektur im Formalismus erstarren könnte, das andererseits mit Bewunderung, Neid und Angst den Vormarsch der jungen deutschen Architekten bemerkte, nicht eine Revolution, sondern eine Evolution eingeleitet. Aus der bayrischen Kunstgewerbe-Ausstellung im Pariser Herbstsalon hatten die französischen Architekten entnommen, daß aus dem Barock und dem Biedermeierstil die Deutschen einen neuen Stil für die Lebensgewohnheiten ihres Landes ableiteten. Das führte dazu, daß die Franzosen auch ihrerseits alte Schläuche mit neuem Wein füllten. Sie haben den berühmten Louis XVI.-Stil umgeformt. Die neue Innenarchitektur Frankreichs perhorresziert die allzu lange üblichen Stilimitationen. Sie hat aber aus dem alten, immer noch lebenden Proportionsgefühl der früheren Jahrhunderte Möbel und Gebrauchsgegenstände geschaffen, die sich wundervoll in die Tradition des Landes einfügen. Ein Doppeltes ist erreicht: die Kontinuität ist gewahrt und das Zeitempfinden ist zum Ausdruck gelangt. Der Erfolg war vorauszusehen; er ist größer und durchschlagender, als man vor dem Kriege erwarten konnte.

Es gibt heute in Paris etwa ein Dutzend französischer, von Künstlern geleiteter Werkstätten, die unseren „Vereinigten Werkstätten“ nachgebildet sind. Außerdem haben seit etwa zwei Jahren alle großen Warenhäuser eigene, von Künstlern geleitete Werkstätten. Dort und in den Jahresausstellungen werden vollständig eingerichtete Zimmer oder Wohnungen in jenem Stil gezeigt, der einerseits eine Neuprägung des Louis XVI.-Stiles darstellt, andererseits so weltbürgerliche Haltung zeigt, daß er auch außerhalb Frankreichs in der amerikanisierten Welt überall Anspruch auf Geltung erheben kann. Die künstlerische Erfindung in der Formenvariation ist erstaunlich. Formale Zutaten, wie aufgesetzte Ornamente, finden sich nirgends. Große, edle Linien in schönen Proportionen bestimmen die Formen. Materialmangel an Hölzern und Stoffen gibt es nicht. In der Belebung der Stoffe durch Ornamente oder figurliche Darstellungen entfaltet das Künstlergeschlecht eine sprudelnde Phantasie und eine sinnliche Geschmackssicherheit, die zur Bewunderung zwingt. Wenn bei Gerson oder Wertheim für eine Wandbespannung in einem bestimmten Stoff drei Muster vorgelegt werden, so kann man im Bon Marché von demselben Stoff für denselben Zweck unter drei Dutzend verschiedenen, von Künstlern entworfenen Mustern wählen. Hinzu kommt, daß die Stoffe in Frankreich zurzeit besser und erheblich billiger sind. Schwarz, grau, braun, — kurzum, alle dumpfen Farben werden weder im Holz noch in den Stoffen angewandt. Die französischen Innenräume singen und klingen in jenen hellen, heiteren Farben, die dem sinnlichen Gefühl und dem leichten Temperament der Franzosen entsprechen. Würden die Deutschen auf der internationalen Kunstgewerbe-Ausstellung in Paris im Jahre 1925 vertreten sein, so hätten sie zweifellos einen schweren Stand, um so mehr, da die deutschen Künstler gar nicht wissen, welche gewaltige Entwicklung das französische Kunstgewerbe in den letzten zehn Jahren durchgemacht hat und sich also auch gar nicht auf den Konkurrenzkampf einstellen könnten.

Aus meinen einleitenden Worten ging schon hervor, daß das Schwergewicht der neuen Architektur Frankreichs auf der Innenkunst und im Kunstgewerbe liegt, daß tiefliegende Gründe eine Revolutionierung der Architektur überhaupt verhindern. Der Individualismus der deutschen, nordischen und amerikanischen Architektur wird mit Interesse verfolgt; aber, bevor fremdländische Ideen in Frankreich Anwendung finden, werden sie durch die Tradition filtriert und jenem Proportionsgefühl angepaßt, das den Franzosen angeboren ist. Es wird wenig in Frankreich angebaut; aber es kommen in den Villenbauten von Le Corbusier, im Schlachthaus und den Villen des Lyonnäser Architekten Tony Garnier Ideen zum Ausdruck, die man als abgeklärte Einflüsse Deutschlands bezeichnen könnte. Ganz zweifellos würden Bauten von Hans Poelzig und Erich Mendelsohn in Frankreich Verständnis finden; der Einsteinturm könnte sogar bewundert werden. Jedenfalls könnte Deutschlands Architektur in Frankreich bestehen. Auf diesem Gebiet sind die Franzosen uns nicht voraus.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Der Arbeitsmarkt Die Krise der deutschen Wirtschaft tritt in ein akutes Stadium. Das grauenhafte Gespenst einer riesigen Arbeitslosigkeit wird sichtbar. Das deutsche Unternehmertum weiß sich keinen anderen Rat, als die Produktion einzuschränken, die Arbeiter rücksichtslos auf die Straße zu werfen. Die letzten Berichte der Handelskammern, Landesämter für Arbeitsvermittlung usw. lassen eine gewaltige Zunahme von Betriebsstillegungen, Einführung von Kurzarbeit und Arbeiterentlassungen erkennen. Selbst Betriebe, wie der Kohlenbergbau, bleiben von solchen Maßnahmen nicht verschont. Der Kaliberbergbau ist nur noch zur Hälfte seiner Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die verarbeitende Industrie verfügt über Aufträge, aber auch sie gehen in den letzten Wochen nur spärlich ein. Die Bekleidungsindustrie konnte in den letzten sechs Monaten über einen guten Beschäftigungsgrad berichten. Die Bevölkerung konnte nach langen Jahren ihre heruntergerissenen Kleidungsstücke durch neue ersetzen. Ein jäher Umschwung kündigt sich auch hier an. Die Schuhindustrie liegt bereits stark danieder, in der Textilindustrie steht der Konjunkturumschwung bevor. Alles in allem ein betrübendes Bild. Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen, die Anfang Juni nur 200 000 betrug (diese Zahl gibt keineswegs die volle Erwerbslosigkeit wieder, da bekanntlich der größte Teil der Arbeitslosen keine Unterstützung bezieht), wird sich in den nächsten Wochen gewaltig vermehren.

Die Kreditnot Die Ursache dieser ungesunden Entwicklung glaubt man in der Kreditnot suchen zu müssen. Seit Wochen wird gegen die jetzige Leitung der Reichsbank ein hartnäckiger Kampf geführt, weil sie als Schuldige gilt. Einige rechtsstehende Organe versteigen sich dazu, den Reichsbankpräsidenten Schacht als einen Feind der Wirtschaft hinzustellen. Als die Reichsbank im Dezember vorigen und anfangs dieses Jahres die ihr zur Verfügung stehenden Rentenmarkkredite viel zu weitherzig und zu lächerlich geringem Zinsfuß hergab, war von einem Protest nichts zu merken. Erst als die Währung durch diese künstliche Inflation ins Wanken zu geraten schien, änderte die Reichsbank ihre Taktik. Wer wollte bestreiten, daß die Reichsbank dabei auf dem richtigen Wege war? Die Bewertung der Mark im Aus-

land ist der beste Beweis. Diejenigen, welche die ersten „Kredite zur Ankurbelung der Produktion“ von der Reichsbank gern und freudig entgegennahmen, verlangen jetzt erneut „Ankurbelungskredite“, natürlich zu dem geringen Diskontsatz von 10%. Nun wird ein neuer Vorschlag in der Öffentlichkeit diskutiert: die Reichsbank möge Zusatzkredite geben, jedoch nicht zu dem offiziellen Diskontsatz von 10%, sondern zu einem noch näher zu bestimmenden höheren Zinsfuß. Dieser Vorschlag hat auf den ersten Blick etwas Bestechendes, und doch vermögen wir ihm nicht restlos zuzustimmen. Man sollte den Blick einmal auf die gewaltigen Summen lenken, die der Landwirtschaft und den ihr verwandten Industrien gewährt werden. Die Landwirtschaft wurde bereits von der Rentenbank einseitig bevorzugt, der größte Teil der privaten Kredite — man schätzt die Summe auf 800 Millionen Goldmark — dieses Instituts flossen ihr zu. Dazu traten die Kredite, die die Reichsbank gewährte. Warum diese Weitherzigkeit? Die Landwirtschaft war in der Vorkriegszeit nur in geringem Maße öffentliche Kreditnehmerin. Sie steht heute ohne Schulden da, Kriegs- und Inflationsgewinne haben es ihr ermöglicht, ihren Produktionsapparat vollständig zu modernisieren. Wäre es nicht recht und billig, die Kredite der Landwirtschaft zu beschneiden und sie den Industriezweigen mit raschem Kapitalumschlag zu gewähren? Wir versprechen uns hiervon eine fühlbare Erleichterung der industriellen Kreditnot.

Die Preisgestaltung Nur sehr langsam beginnen die Warenpreise zu weichen. Noch immer liegen sie über denjenigen des Weltmarktes. Nach wie vor sind es die Schlüsselindustrien, die den radikalen Preisabbau versperren. Bezeichnend hierfür sind die jüngsten Vorgänge im Braunkohlenbergbau. Das Reichswirtschaftsministerium hatte auf Grund eingehender Untersuchungen die Herabsetzung der Braunkohlenpreise um 10% für das Gebiet Halle-Niederlausitz verfügt. Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat erhob gegen diese Maßnahme des Reichswirtschaftsministeriums Protest und hat die endgültige Entscheidung des Reichskabinetts angerufen. Gegen den Vorwurf, daß die Untersuchungen des Reichswirtschaftsministeriums nur auf den ergiebigsten Gruben vorgenommen wären, wurde von amtlicher Stelle u. a. geantwortet: „Die Untersuchungsergebnisse hätten an sich einen stärkeren Preisabbau zugelassen, als er tatsächlich vorgenommen ist, obwohl sie auf den Monat April fußen, in dem, infolge starken Absatzrückganges, die Selbstkosten anormal hoch waren...“ Durch die vom Reichswirtschaftsministerium vorgenommene Preisherabsetzung werden die Preise des Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats auf eine Stufe gebracht, die im Verhältnis zum Frieden keineswegs niedriger sind, als die Preishöhe der übrigen Brennstoffe des unbesetzten Deutschland.“ Man sieht an diesem Beispiel, wie die Unternehmer für die Aufrechterhaltung eines hohen Preisniveaus zu kämpfen verstehen. Und doch gibt es keinen anderen Weg, die Krise zu mildern, als einen rücksichtslosen Preisabbau, der alle Gebiete der Warenproduktion umfaßt. Da die unsinnige Verordnung über die Geschäftsaufsicht in wesentlichen Punkten kürzlich gemildert wurde, wird die Ausscheidung der überflüssigen Glieder im Produktionsprozeß in verstärktem Maße vor sich gehen. Möge der Preisabbau das übrige tun, um die Warenausfuhr zu steigern und den Inlandsmarkt aufnahmefähig zu machen. Dann wird vielleicht die im Anzug befindliche Arbeitslosigkeit an Schrecken verlieren und nur von vorübergehender Dauer sein.

RANDBEMERKUNGEN

Kleine Wahrheiten

Die Provinzgenerale. Es ist nicht unbeobachtet geblieben, daß Paul Löbe, weithin bekannt als einer der besonnendsten Köpfe unter den deutschen Politikern, auf dem Parteitag der Sozialdemokratie für die Entschliebung gestimmt hat, die verlangte, daß der Etat der Reichswehr abgelehnt werde. Nun darf man annehmen, daß Löbe den Etat der Reichswehr nicht ablehnen würde, wenn etwa durch solche Ablehnung die Regierung Marx in die fatale Lage käme, bei den Deutschnationalen Unterstützung zu suchen. Oder wenn gar solche Ablehnung eine Krise auslöste, die zur Gefährdung der deutschen Außenpolitik führen müßte. Immerhin, schon der Umstand, daß Löbe, ein so jeder hohlen Demonstration abgeneigter Meister des Möglichen, für die Ueberflüssigkeit der Reichswehr demonstrierte, zeigt, bis zu welchem Grade dies Rudiment des kaiserlichen Militarismus sich berechtigter Kritik ausgesetzt hat. Das muß man sagen; selbst wenn man zugleich anerkennt, daß die Reichswehr im Augenblick höchster Not auch gegen Rechtsputschisten geschossen hat. Das muß man sagen, selbst angesichts der Tatsache, daß der General v. Seeckt ein begehrtes Schießziel der Nationalen ist. Der Reibungskoeffizient, der überwunden werden muß, bevor die Reichswehr aus militaristischem Erregungszustand in die Ruhelage eines erweiterten Gendarmeriekorps hineinkommt, wird immer wieder so stark spürbar, daß man zur Erwägung gezwungen wird: ob Nichtvorhandensein vielleicht doch das Bessere wäre.

„Welchen Anlaß hätte denn zum Beispiel Herriot, die deutsche Demokratie durch Zugeständnisse zu stärken, wenn er sie nicht durch das nationalistische Deutschland gefährdet glaubte?“ Solche prachvolle Offenheit der „Deutschen Tageszeitung“ ist eine von den tausend Bestätigungen: auch die

Nationalen wollen die Waffen nicht gegen Frankreich richten. Die Demokratie scheint ihnen die harmlosere Schützenscheibe. Ein Umstand, der auch nicht gerade geeignet ist, unsre Freude an der Reichswehr zu mehren. Denn, daß zum mindesten die Provinzgenerale den Nationalen gefällig sein würden — wer möchte das bezweifeln?

Diese Provinzgenerale sollen auch diesmal wiederum bei der Ankündigung einer letzten Generalkontrolle durch die Entente revoltiert haben. Es hat Mühe gekostet, sie in Reih und Glied zu stellen. Abermals: ein Kraftaufwand, der die Kosten der Reichswehr vermehrt. Diese Generale mit dem Provinzhorizont mögen vielleicht glauben, daß Frankreich sie fürchte. So töricht freilich wird kein französischer Militär sein; aber die französischen Nationalen greifen gern nach solchem Größenwahn, um ihn als Aufreizungsrakete vor den französischen Spießern steigen zu lassen. Immer wieder: hinlängliche Ursache zu fragen, ob diese Provinzgenerale nicht zu teuer bezahlt sind. Man sollte sie durch gute Polizeileutnants ersetzen. Das würde vieles klären und uns manche Unbequemlichkeit fernhalten.

Der illusionierte Landesverrat.

Es gibt nichts zu verraten; wozu dann Landesverrat konstruieren? Man sollte einen herzhaften Entschluß fassen: es ist jedermann freigestellt, nach Belieben über die deutsche Reichswehr, über deutsche Waffenfabriken, Munitionsdepots, Exerzierreglements und dergleichen mehr dem Ausland Nachrichten zu geben. In kürzester Zeit würde kein Mensch im Ausland für diese Nichtigkeiten irgendwelche Aufmerksamkeit haben. Es gibt nichts zu verraten. Dieser Auffassung scheinen auch die Vereinigten Vaterländischen Verbände zu sein; nur sind sie einigermaßen unlogisch und mobilisieren den Oberreichsanwalt gegen Landesverräter, die

nichts zu verraten haben. Diese Vaterländischen wissen eben nicht, welchen erhabenen Dienst sie Deutschland leisten könnten, schlechthin damit, daß sie verschwänden, daß sie sich in Nichts auflösten. Doch bleibt hier noch etwas anzumerken: zu den Führern dieser Verbände gehören der Baltikumgeneral von der Goltz, der Berlin-Marschierer Bauer aus München, der vom Alledutschen Verband geplante Militärdiktator von Below, der Hitler-Enthusiast Freiherr von Gagl, der Oberfinanzrat Bang, der Intimus der Seeckt-Attentäter. Ist es unangemessen, anzunehmen, daß, wenn solche Verschwörertypen nach dem Oberreichsanwalt schreien, sie das Vorbild jener Animalia nachahmen, die Stinkgas ablassen, um sich vor bevorstehendem Zugriff zu verbergen?

Der Affenschreck. In der medizinischen Gesellschaft hat der Frankfurter Professor Dr. Pfungst einen entzückenden Beitrag zur Psychologie der Affen gegeben: „Ein Aeffchen war plötzlich scheu und duckte sich in die Ecke. Man entdeckte schließlich, daß es ein Blatt von einem Abreißkalender gerissen hatte. Es war ein Künstlerkalender gewesen, und das Blatt stellte Fridericus Rex dar. Der Künstler hatte ihn mit starrem, in die Unendlichkeit gerichtetem Blick gezeichnet. Als das Bild entfernt wurde, war der Affe wieder beruhigt.“ Für die Richtigkeit dieser Beobachtung muß dem Naturforscher die Verantwortung überlassen bleiben. Aber man wird es verstehen, wenn die Leiter der zoologischen Gärten den Zutritt zum Affenhaus den Nationalen — von wegen der Siegfried-Augen — verboten haben. Vorschlag: Die Nationalen heißen von nun ab: Affenschreck.

Des Fascismus Hintergesicht. Man weiß, wie unsere Nationalen den Fascismus lieben. Aber er hat auch eine Rückseite, die ihnen weniger gefällt. Wenn zum Beispiel der italienische Fascismus in Süd-

tirol die Deutschen drangsaliert und dem einen oder andern Landgenossen das Hofer-Schicksal bereitet, die deutschen Schulen schließt und die deutsche Sprache verbietet, dann schreien unsre Nationalen: Gewalt. Und es handelt sich ganz gewiß um widerwärtige Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Aber: ob unsere Nationalen, die täglich um einen Mussolini beten, berufen sind, dem Hintergesicht des Fascismus, wie es in Tirol spukt, eine Tracht aufzuhauen — das dürfte mehr als fraglich sein.

Der „Lokal-Anzeiger“. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ ist eins der unanständigsten nationalen Blätter Deutschlands. Aber er soll sehr viel Leser haben. Womit bewiesen sein dürfte, daß ein großer Teil der deutschen Staatsbürger noch sehr erziehungsbedürftig ist. Man erinnert sich des unheilvollen Extrablatts, mit dem der Lokal-Anzeiger die deutsche Mobilmachung ankündigte, bevor sie befohlen worden war. Jetzt hat er 37 Jahre Ruhrbesetzung in Aussicht gestellt, obgleich kein vernünftiger Mensch derartiges aus den Worten des französischen Ministerpräsidenten hatte entnehmen können. Die Lüge als Beruf. Und die Feigheit als Gesell. Denn: damals war es ein Mißgriff, und diesmal war es ein Mißgriff. Aber Herr Harnisch — der Verantwortliche — sitzt immer noch auf seinem Stänkerstühlchen, auf das er sich wieder rettete, nachdem er aus der Reichskanzlei, wo er Herrn Kapp bediente, hinausgehört worden war, um durch ein Sanatorium für Gemütskranke wieder lokalanzeigerreif zu werden.

Ein tapferer Amtsgerichtsrat. Der Amtsgerichtsrat Friedländer hat den Nationalen Henning in eine Ordnungsstrafe genommen, weil er vor Gericht mit dem Hakenkreuz paradierte und diesen Unfug zu beseitigen sich weigerte. Zum ersten Male ist man dankbar dafür, daß auch die Republik die Richter für unabsetzbar erklärt hat.

R. Br.

Ein aktiver Parteitag

Die tschechisch-offizielle „Prager Presse“ veröffentlicht einen Leitartikel ihres Berliner H.-Korrespondenten über den Parteitag, den die deutsche Sozialdemokratie soeben in Berlin abgehalten hat. Der Verfasser, in dem wir einen sehr aufmerksamen und urteilsfähigen Beobachter des reichsdeutschen politischen Lebens vermuten, vermißt an unserer Partei die genügende Aktivität, aber nicht etwa im Sinne der Dißmann-Gruppe, also der radikal-oppositionellen Agitation. Seine besondere Zustimmung findet das Eintreten Löbes für energische Betreibung des Anschlusses Deutschlands an den Völkerbund, seine besondere Aufmerksamkeit die Beschuldigung Löbes gegen das Auswärtige Amt, daß es diesen Anschluß sabotiere und der Verfasser schließt seinen Artikel damit, daß der deutschen Sozialdemokratie ein Dutzend Löbes zu wünschen wären, zumal es mit dem politischen Nachwuchs nicht gut bestellt sei.

Für meinen Teil stimme ich Herrn H. durchaus zu und, ohne mit den folgenden Worten auf die Haltung der Partei in der letzten Zeit zu zielen, darf noch ausgesprochen werden, daß für Sozialdemokraten eine Zeit kaum erträglich ist, in der ihre Partei immer nur zuzusehen, abzuwarten, zu laviieren und manchmal sogar umzufallen scheint. Als Erinnerung an einfachere Verhältnisse und bessere Zeiten sei hier erzählt, wie einmal die Aktivität einer sozialdemokratischen Partei sogar den Rahmen eines wohlgeordneten und strenggeführten Parteitags selbst sprengte:

Es war im Herbst 1905, als in Wien der Parteitag der damals noch nicht national zerteilten österreichischen Sozialdemokratie tagte. Der Wahlrechtskampf, das Um und Auf vieler Jahre österreichischer Parteiarbeit, stand wieder einmal etwas flau. Da platzte in die Debatten die Nachricht vom Oktobermanifest des Zaren hinein. Dieser Sieg der russischen Revolution, dreiviertel Jahre nach der Nieder-

schießung der vom Popen Gapon geführten Demonstranten vor dem Winterpalais in Petersburg, schlug wie eine Bombe ein. Oesterreich darf nicht hinter Rußland zurückbleiben — das fühlten alle im Augenblick. Nach einigen Worten der elementaren Begeisterung ward die Sitzung unterbrochen und als sie unter der größten Spannung aller wieder begann, sprachen nacheinander die Führer aller nationalen Gruppen der Partei: Viktor Adler für die Deutschen, Franz Soukup für die Tschechen und, seine unvergleichliche Rednerkraft zu höchstem Schwung steigend, Ignaz Daszynski für die Polen, denen die russische Revolution ja auch die nationale Freiheit versprach. Kristan für die Slowenen, ich glaube Pittoni für die Italiener, Grigorovi für die Rumänen, Wityk für die Ukrainer schlossen sich an. Pernerstorfer als Vorsitzender brachte das Manifest des Parteitags an die Völker Oesterreichs mit feurigen Worten zur Abstimmung und das „Lied der Arbeit“, der Sozialistenmarsch und die elektrisierenden Klänge der slawischen „Roten Fahne“ schlossen die Sitzung.

Inzwischen aber hatten die Wiener, allen voran Schuhmeier, Winarsky und der alte Demonstrationsarrangeur Bretschneider in aller Stille Flugzettel drucken lassen, die die Massen noch für denselben Abend vor das Parlament entboten. In allen Großbetrieben trafen die Zettel und mündliche Weisungen noch vor Arbeitsschluß ein. In der Dämmerung begann sich die weite Ringstraße in der Parlamentsgegend ungewöhnlich stark zu beleben. Die stadtbekanntesten Führer der Partei trugen den roten Flugzettel auf dem parteiüblichen, aus der Heldenzeit überlieferten Schlapphut. Es dauerte nicht lange und alles war schwarz von Menschen, die bald da, bald dort nach dem gleichen Wahlrecht riefen, Lieder anstimmten, die Partei hochleben ließen, auch mit Rufen gegen die Regierung und besonders gegen die stadtbeherrschenden Christlichsozialen mit ihrem

Führer Lueger nicht sparten. Auf einmal hatten die beiden ehernen Rossebändiger an der Parlamentsrampe rote Signalfahnen von der Eisenbahn in der Hand und als nun die inzwischen herbeigeeilte Polizei gegen die verbotene Farbe vorgehen wollte, herrschte Schuhmeier den Befehlshaber so an, daß er sich verduzt, vielleicht auch einsichtig genug, mit seiner Truppe zurückzog. So demonstrierten wir bis in die dunkle Nacht hinein und hatten damals schon das Gefühl: der Sieg ist unser.

Das war am 2. Oktober. Am Sonntag darauf, dem 5., berief die Partei die Massen zu einer Massenversammlung vor dem Parlament und die Begeisterung kannte keine Grenzen, als inmitten der hochgestimmten Massen an den neuen turmhohen Fahnenmasten im goldenen Herbstsonnenschein die rote Fahne hochging.

Es war anders als 1897, als uns die Polizeireiter über dieselben Pflastersteine gejagt hatten, den blitzenden Säbel in der Faust!

Acht Wochen später, nach einer beispiellosen Agitation im ganzen Reich, am 28. November 1905, stand überall die Arbeit still und überall demonstrierten die Massen in nie gesehener Stärke. Aus den Industriedörfern, aus den Meierhöfen zogen sie geschlossen in die Bezirksstädte vor die Verwaltungsbehörden. Städte mit noch nicht 30 000 Einwohnern sahen ebensoviel Wahlrechtsdemonstranten in ihren Mauern, in Wien zog eine Viertelmillion über den Ring. Und am 14. Mai 1907 wählten wir zum ersten Male gleich, geheim und direkt.

Freilich, das war nicht in einer demobilisierten Republik, es war in der Monarchie, es geschah gegen Verweigerung des gleichen Bürgerrechts. Alles hat seine historische Bedingtheit. Indessen — aktiv ist die deutsch-österreichische Sozialdemokratie schon geblieben, auch als sie mitregierte.

Richard Bernstein.

Viehausstellung im Goethe-Park

Ilm-Athen, das jedem auf seine Bildung stolzen Deutschen teuer ist, macht seit einigen Monaten immer wieder von sich reden, so lange nämlich, als die neue reaktionäre thüringische Regierung an der Spritze ist. Das fing an mit dem Protest des Generals Hasse gegen die Ernennung des neuen Intendanten Ulbrich, die schließlich doch in Kraft getreten ist. Dann kam die Hetze der Deutschnationalen und ihrer völkischen Brüder gegen das staatliche Bauhaus und seinem Begründer Walter Gropius, die mit dem Widerruf des Hauptschreiers Beyer vor Gericht kläglich zusammenbrach. Es folgte der Beschluß, aus dem Schloß Belvedere, einer Goethe-Gedenkstätte, eine Kaserne für die Landespolizei zu machen. Man folgte damit altpreußischem Beispiel, das historische Denkmäler, wie die Schlösser in Weißfels, den Hartenfels in Torgau, das köstliche Barockschloß in Trier, durch militärische Verwendung verschimpft hat.

Kaum hatte man sich von diesem letzten Schrecken erholt, da trifft die Botschaft ein, daß der köstliche Park in Weimar, den Goethe selbst mit Karl August zusammen angelegt hat, für eine Thüringische Landwirtschafts- und Gartenbauausstellung hergegeben worden ist. In einer Eingabe der Kammer der bildenden Künste heißt es:

Ist man sich an berufener Stelle denn gar nicht klar darüber, daß man sich mit dieser Veranstaltung einer schlimmen Verschandelung des Parkes schuldig macht, daß die in Betracht kommenden Wiesen in Grund und Boden getrampelt, Sträucher und Bäume beschädigt werden? Diese Schäden können zwar mit ziemlichen Kosten wieder beseitigt werden. Aber ein anderer, ein ideeller Schaden bleibt dauernd haften, das ist die Profanierung des von Goethe

geschaffenen Parkes. Diese Entweihung läßt sich nicht wieder gutmachen. Was werden ausländische Besucher Weimars, die der klassischen Erinnerungen wegen kommen, für einen Eindruck mit hinwegnehmen, finden sie nicht weit von Goethes Gartenhaus die weihevollte Stille des Parkes gestört durch das Blöken von rund 2000 Stück Vieh und den Lärm einer schaulustigen Menge!

In dem nämlichen Schriftstück wird darauf hingewiesen, daß ein heftiger Protest sich erhob, als der frühere Großherzog an einer versteckten Stelle dieses Parkes eine Reitbahn anlegen wollte. Womit eben nur bewiesen wird, daß „quod licet Jovi, non licet Jovi“ — das heißt: die Rechte der ausgestellten Rindviecher eher anerkannt werden als selbst die eines regierenden Fürsten in wilhelminischen Zeiten! Die Landwirtschaft in Deutschland voran!

Die Sache war recht peinlich für die Goethe-Gesellschaft, die dieser Tage in Weimar zusammensaß und sich schandenhalber auch mit dieser selbst im landwirtschaftlichen Sinne zum Himmel stinkenden Viehsammlung vor Goethes Gartenhaus befassen mußte. In der Voraussetzung, daß man an der Parkschändung, vielleicht auch an der Militarisierung des Belvedereschlusses, Kritik üben werde, hatte die thüringische Regierung zur Tagung der Goethe-Gesellschaft überhaupt keinen Vertreter entsandt. Um so heftiger prasselte der Tadel aus roten Professorenköpfen. Ach, und der Herr Erich Roethe, der Bewahrer von Goethe, konnte nicht umhin, als Vorsitzender in den Chorus grollender Männer mit einzustimmen, ja, er hatte sogar diesen Chorus zu dirigieren. „Auch du, mein Sohn Brutus?“ — der Goethe-Roethe im Kampf gegen die Brüder und Kampfgenossen von gestern, die Teutschen und Völkischen? Wie mag es in dieser jäger-

hemdbedeckten Brust ausgesehen haben!

Die thüringische Regierung und ihre Schoßkinder, die Mistgabelritter, werden euch etwas blasen. Die reagierten auf Goethe und deutsche Kultur ebenso wie ihre zehntausend Viecher auf den Goethe-Park: indem sie darauf trampeln und sch — meißeln ...

Hermann Hieber.

Im Aquarium

Es gibt beklagenswerte Menschen. Das sind die, die es nicht fertig bekommen, harmlos und kindlich zu sein. So Ihr nicht werdet wie die Kinder ... davon wollen diese Berufsmaschinen und Pflichtapparate nichts wissen; sie sind so arge Materialisten, daß ihnen alles, dessen Zweck sie nicht sofort begreifen, töricht erscheint. Fische zum Beispiel, die pflegen sie zu verspeisen und allenfalls noch zu angeln; aber jemanden, der die Fische nur anschaut, um sie schön zu finden, solch einen Phantasten möchten unsere Ernstlinge am liebsten für einen Tunichtgut erklären. Darum halten sie auch das Aquarium, da Fische, Schlangen und Echsen farbenlustige Ausstattungsstücke geben, für eine ganz überflüssige Angelegenheit. Schließlich, damit würden sich unsere Materialisten noch abfinden, daß man in solch ein wissenschaftliches Institut geht, um dort Belehrung zu empfangen, um die Kreuzottern, die Krokodile und andere Lebensgefahren kennen zu lernen. Arme Rationalisten; ihr sehet nicht: wie das in den Wasserbecken da Feuerwerk, wie Rubinen und Diamanten im Wirbel mystische Kreise ziehen, wie silbrige Perlen aus dem Maulkrater irgendeiner unmöglichen Urwaldbestie hervorstoßen, wie die purpurnen Krönungsmäntel der Quallen das Wasser in Blut wandeln.

Uebrigens, so sollen unsere Ahnen vor Jahrmillionen ausgesehen haben: Saurier und Genossen. Man könnte an die witzigsten und unheimlichsten Inkarnationen glauben

lernen; dieser da mit dem pomposen Kehlsack und den knolligen Backentaschen sieht aus wie ein rechter Knallprotz, und der andere dort drüben schnuppert ganz melancholisch wie ein Quäker und Regenmacher. Wie lustig sieht solch ein ganzer Baum aus, in dessen struppigem Geäst die braven Chamäleons an ihren Ringelschwänzen hängen, kopfabwärts oder als Brücke, oder ganz vergraben hinter den letzten Blättern. Wie faul, wie göttlich faul diese grünen, bläulich und oliv schimmernden Hutzelkerle sich reckeln; sie werden in solcher Tugend nur noch von den Krokodilen und den Schildkröten überboten.

Es gibt im Aquarium aber auch flinkes Getier. Die Seepferdchen zum Beispiel, die scheinen den Propeller vorweg bekommen zu haben. Sie schwirren durch das grünliche Wasser, stehen plötzlich still, um dann wieder davonzuschießen: magische Fragezeichen. Blitzfink sind die tausend kleinen Fischlein, die wie Sternschnuppen aufflammen und plötzlich davon sind. Sie illuminieren das Halbdunkel ihres Bassins mit exotischen Farbenlüssen; es ist wie ein Springbrunnen von glühenden Raketen. In allen Zwischentönen des Regenbogens flitzen die Leuchtkugeln hin und her. Manche dieser hochzeitlich geschmückten Wasserkolibris haben sich in einen zärtlichen

Schleier gehüllt und schwimmen in einer Aureole von girrenden Lichtfäden. Andere schauen ganz kaulquappig drein; sie scheinen zu gurgeln oder irgendeinen sauren Tropfen verschluckt zu haben.

Ein Karpfen, den die Materialisten nur blau, mit Meerrettich oder in polnischer Sauce kennen, ist ein furchtbar ulkiges Biest. Hier watschelt einer, der seine hundert Jahre auf dem Rücken haben wird; er sieht ganz bemoost aus und glotzt wie ein eifersüchtiger Archivar. Nun aber gar der Polyp; das ist ein hinterhältiger Filou. Er liegt unter einem Felszacken versteckt, ganz mit Sand zugeschüttet. Harmlos spielen seine Fühler wie Wimpel und festliche Rufe; die Saugäpfel aber, mit denen er sich ausgestattet weiß, sind eine gemeine Waffe, sie töten im Umarmen alles Neugierige. Eine tolle Bestialität ist es, wenn solch ein Achtfuß von einem Hummer angegriffen wird; dumpf und leidenschaftlich tobt der Kampf. Wenn man ein braver Knabe ist, erinnert man sich an Schillers Taucher. Womit dann übrigens diese ganze Art des ästhetischen Naturunfugs ihre moralische Rechtfertigung bekommt. Haben sich schon die Klassiker an dem Wassergesindel delectiert, dann darf auch uns niemand wehren, im Aquarium die Nase an die Scheibe zu drücken.

R. Br.

B Ü C H E R S C H A U

Gibt es ein Völkerrecht?

In einer sehr lesenswerten, bei der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, erschienenen Broschüre „Vom Völkerbund und der öffentlichen Meinung“ weist der Hamburger Universitätsprofessor A. Mendelssohn-Bartholdy sehr richtig darauf hin, daß beim griechisch-italienischen Zwischenfall nicht so sehr der Völkerbund, sondern die öffentliche Meinung, der unbeteiligte Zuschauer seine Hauptprüfung zu bestehen gehabt hätte. Er zeigt,

wie verschieden der Zwischenfall von den einzelnen Zuschauern beurteilt worden ist und in wie starkem Maße die Urteile durch letzte Wertgefühle und das Gewissen jedes einzelnen bedingt sind. Dieselben Imponderabilien sind ebenfalls stets bei der Beantwortung der Examenfrage: Gibt es ein Völkerrecht? bestimmend. Und es ist gut, daß dem so ist, daß die Frage nicht nur juristisch betrachtet wird. Es soll nichts gegen die Juristen an sich damit gesagt

sein; denn letzten Endes ist doch die exakte juristische Behandlung jeder völkerrechtlichen Frage notwendig. Aber gerade im Völkerrecht zeigen sich die Grenzen rein juristischer Betrachtung. Auszugehen ist vielmehr bei der Beantwortung der oben gestellten Frage, wie es Niemeyer in seiner bei Göschen erschienenen Darstellung des Völkerrechts tat, von den international gelagerten Tatbeständen, von der Rechtspolitik. Fallen lassen muß man jedes Dogma, wie: Völkerrecht bezieht sich nur auf die Beziehungen der Staaten zueinander. Freimachen muß man sich ferner von der irrümlichen Auffassung, daß es nur ein überall anerkanntes Völkerrecht gäbe; denn tatsächlich spielen Elemente der Politik und Weltanschauung eine überragende Rolle bei der Beantwortung der verschiedensten Fragen, wie: Welche Gebote und Verbote bedingte der Krieg? Ganz verschieden lauten bekanntlich die Antworten eines Deutschen und eines Engländers. Also kurz gesagt: Die Frage „Gibt es ein Völkerrecht?“ darf nicht rein juristisch beantwortet werden. Dies ist der Haupteinwand, der gegen Hatscheks Darstellung des Völkerrechts (erschienen 1923 bei A. Deichert, Leipzig) zu erheben ist; denn Hatschek sieht im Völkerrecht nur ein System rechtlich bedeutender Staatsakte und behandelt alle völkerrechtlichen Fragen rein juristisch. Doch, will man dem Buche gerecht werden, so muß man es von diesem Gesichtspunkt aus beurteilen und wird es ohne Uebertreibung als eine sehr beachtenswerte Leistung bezeichnen müssen. Hat Hatschek doch ein umfangreiches, sich besonders auf orientalische und amerikanische Fragen und bis in die neueste Zeit (Friedensvertrag von Lausanne leider nicht mehr berücksichtigt) erstreckendes Material einheitlich geordnet, bedauerlicherweise aber auch manches Problem, wie Schiedsgerichtsbarkeit, viel zu kurz gewürdigt. Viele Probleme, die den Politiker in der letzten Zeit beschäftigt haben, sind

hier vom Standpunkt des deutschen Völkerrechts aus juristisch behandelt worden. Ein umfangreiches Sachregister verleiht außerdem dem Buch den Charakter eines wertvollen Nachschlagewerkes. Eine besondere Anerkennung verdient ferner die systematische Leistung des Verfassers; denn er hat ein neues System der völkerrechtlich bedeutsamen Staatsakte geschaffen, indem er, ausgehend von den Handlungen des Staates, eine Verteilung des Stoffes in Völkerhandlungen, Völkerrechtshandlungen, Völkerrechtsgeschäfte und Völkerdelikte vornimmt.

Wilhelm Grotkopp.

Die volkswirtschaftliche Seite der Reparationsfrage

Ueber diese Frage ist 1924 im Verlag von Walter de Gruyter & Co. im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Forschungen ein Buch, an dem kein ernsthafter Politiker vorbeigehen kann, erschienen. Eine besondere Lobspredigt verdient das Buch, da der Verfasser Gunther-Erfrid Heinecke in richtiger Erkenntnis der Aufgaben der Wissenschaft versucht, unter Ausschaltung jeder parteipolitischen Einstellung die fundamentalen Voraussetzungen einer laufenden Tributleistung sowohl auf seiten des empfangenden wie des gebenden Staates klarzustellen. Diese Zielsetzung ist selbstverständlich nur ein Ideal, das kein Mensch je erreichen wird. Aber dem Verfasser ist es doch in so starkem Maße geglückt, daß man über geringfügige Entgleisungen und durch nichts berechnete Werturteile (so S. 110, S. 123) hinwegsehen kann. Ferner verdient das Buch wegen des trotz zahlreicher Wiederholungen flüssigen Stils volle Anerkennung. Der Verfasser sieht in dem Reparationsproblem nicht so sehr ein finanzwirtschaftliches, sondern vielmehr ein volkswirtschaftliches, da die Hervorbringung wesentlicher sei als die Erfassung der nötigen Beträge auf dem Wege staatlicher Steuer- und

Anleihepolitik. Deswegen stellte der Verfasser zunächst die Frage in den Vordergrund, woraus eine Volkswirtschaft überhaupt und Deutschland speziell einen Tribut aufbringen kann. Der Verfasser sieht im wesentlichen nur einen Weg: die Erzielung eines jährlichen Produktionsüberschusses, und kommt bei der Frage nach dessen Möglichkeit zu einem negativen Ergebnis: Gegenwärtig besteht in Deutschland ein Produktionsunterschub. Der Abschnitt, in dem dieser Nachweis erbracht wird, ist der schwächste des Buches; denn der Inhalt ist nichts anderes als ein Jonglieren mit Zahlen, denen der Verfasser keine genügende Unterlage gegeben hat. Hier, wie bei der Beantwortung der Frage, ob wohl später dieser Ueberschub zu erzielen sei, beachtet der Verfasser zu wenig, daß die Erzielung dieses Ueberschusses in starkem Maße von der Weltmarktlage abhängig ist. Hierin liegt der Haupteinwand gegen die Schrift, die sich die unmögliche Aufgabe gesetzt hat, die deutsche Leistungsfähigkeit zu errechnen. Wertvoll ist aber dieser Versuch des Verfassers, da er alle Fragen dank einer guten theoretischen Schulung eingehend prüft und auch bei der Erörterung ethischer und psychologischer Fragen einen guten Blick zeigt. Der Leser möge aber stets beachten, daß im Kampf um die Reparationen nicht die Ergebnisse stiller Wissenschaftler, sondern Imponderabilien und Machtkonstellationen entscheiden, wie der Verfasser selbst S. 46 zugibt.

Wilhelm Grotkopp.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 1921/23

Auf 423 Seiten werden in der bekannten Weise Zahlen aus den Jahren 1825 bis 1921 zusammengestellt. Wenn nun in der Einleitung gesagt wird, daß künftighin eine Beschränkung des Umfanges des Werkes einzutreten hat, so empfehle ich vor allem das Fortlassen aller Angaben

aus den Jahren vor 1910, wenn nicht 1913.

Der ganze Jammer des Krieges und der Nachkriegerscheinungen tritt in den verschiedenen Kapiteln entgegen: Unter Medizinalwesen lesen wir, daß die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen steigt, dagegen ihre Ausheilung erfreuliche Fortschritte macht. Es fanden Aufnahme in Krankenhäusern 1916 6600, 1921 9380 Tuberkulosefälle, an Lues waren erkrankt und in Krankenhausbehandlung 1917 1957, 1921 3744, 1921 3349 Patienten. Allerdings sind in den Zahlen aus dem Jahre 1917 die Militärpersonen nicht mitgezählt. Es starben an Tuberkulose 1913 6300, 1918 12 400 und 1921 5600 Personen. Diese Besserung dürfte nicht zuletzt zurückzuführen sein auf die energischen gesundheitlichen Maßnahmen der sozialistischen Regierung und der damit zusammenhängenden Verbesserung des Sanitätswesens. Sowohl die Zahl der Aerzte, wie der Apotheken ist im Steigen, nur die der Hebammen ist zurückgegangen. Hinsichtlich der Selbstmorde ist im letzten Jahre ein Rückgang zu verzeichnen: Ihre Zahl betrug 1920 1703, 1921 1550. Die Hälfte der Selbstmörder machten ihrem Leben durch Erhängen ein Ende, die Ursachen lassen sich in Wirklichkeit nicht statistisch feststellen, ein Viertel endete „aus Schwermut“, nur 10% aus Nahrungssorgen — laut Jahrbuch. Daß aber Schwermut und Nahrungssorgen meist dasselbe sind, ist bekannt.

Unter Absatz V werden Gewerbe und Industrie behandelt. Wir greifen heraus: Es betrug die Förderung

	Erze	Stein-	Braun-
	silberhalt.	kohle	kohle
1916	267	4180	6600 t
1921	400	4500	8100 t

In der Landwirtschaft ist die genutzte Fläche zurückgegangen. Sie betrug 1914 500 000 ha, 1915 511 000 ha, 1923 428 000 ha. Ebenso hat der Viehbestand etwas abgenommen (durchschnittlich 1%). Bedauerlich ist, daß unter den umfassenden Rubriken Geld- und Kre-

ditwesen, Versicherungen, Preise und Finanzwesen überall die Papiermark eingesetzt ist, die doch gar keinen objektiven Anhalt zu Vergleichen bietet. Was über Anlage der Sparkassengelder usw. gesagt ist, zeigt nur, welche immense Summen verlorengegangen sind.

Nöllenburg.

Arnolt Bronnen: Napoleons Fall
(Ernst Rowohlt Verlag)

Man würde besser schweigend über diese Erzählung hinweggehen, wenn sie nicht zu grundsätzlicher Betrachtung Anlaß gäbe. Arnolt Bronnen läßt Napoleon die Schlacht bei Waterloo verlieren, weil er nach einem weiblichen Wesen giert, das sich ihm allein versagt, obwohl eine erkleckliche Anzahl Männer Genüge an dieser Dame findet. Warum sie sich nicht auch dieses Mannes bemächtigt, bleibt im unklaren. Sie ist so; es macht ihr Spaß, den Kaiser zappeln zu lassen. Solche Gestalten mit Unbegreiflichkeiten sind billig; sie ziehen immer. Auch blutiges Gemetzel, zerfetzte Leiber, berstende Granaten sind von untrüglicher Wirksamkeit auf den Leser und, seien wir ehrlich, wer geht nicht mit behaglich gruselnder Neugier zwischen den Panoramen und anatomischen Museen unserer Jahrmärkte herum und auch in diese Stätten einer primitiven Unheimlichkeit hinein. Nun hat aber Bronnen nicht den Fall eines Großen an sich dargestellt, sondern ganz unbedingt Napoleons Fall bei Waterloo. Er bringt die einzelnen Dörfer des Schlachtfeldes und gibt eine ungefähr richtige Darstellung des Aufmarsches der drei Heere. Damit hat er sich beschränkt, ganz ohne Not, denn er hätte ebensogut vom roten, vom grünen, vom blauen Feldherrn sprechen können. Die selbstgezogenen Grenzen mißachtet er völlig. Wenn wir ihm die historische Lizenz gestatten, daß Napoleon sich seit wegen eines Weibes um den entscheidenden Sieg bringen läßt — (das *deshabillez-vous!* läßt uns freilich recht im Zweifel,

ob das je möglich gewesen wäre), so ist es unverständlich, daß Bronnen auf das willkürlichste mit der Geschichte verfährt. Er läßt Blücher und Wellington vor der Schlacht mit Napoleon verhandeln; das ist besonders spaßig bei Blücher, der in Eilmärschen herarrückte, um am Abend noch auf dem Schlachtfeld einzutreffen. So verschiebt sich das ganze Bild. Napoleon siegt unausgesetzt, die Preußen wanken, der eiserne Herzog spielt Schach, englische Reserven besaufen sich und tanzen. Was soll das? Jedes Kind weiß, daß Wellington Blut geschwitzt hat, daß der preußische Anprall am Nachmittag rücksichtslose Entscheidung herbeiführte. Bronnen macht weiterhin aus Gneisenau einen Fatzken mit Monokel und den Herzog von Braunschweig, jenen schwarzen Herzog, der seinen jahrelang glühenden Haß gegen den Diktator bei Quatrebras tags zuvor mit dem Tode bezahlt hatte, krepelt Bronnen zu einem Verbündeten Napoleons um. Es braucht niemand historische Novellen zu schreiben. Die historische Novelle ist ein Unding, wenn sie um ihrer selbst gegeben wird. Sie hat nur dann Berechtigung, wenn ein Problem aus verschiedensten Ursachen nicht in die Gegenwart projiziert werden kann. Sie mag gestattet sein, wenn zu einer Fragestellung bereits in der Vergangenheit sich günstige Konstellation findet. Was aber soll ein Napoleon, ein ausdrücklicher Napoleon, der mit dem großen Kaiser nicht das geringste zu tun hat? Wenn dermaßen die Geschichte auf den Kopf gestellt wird, dann ist auch erlaubt, Cicero zur Pulververschöpfung hetzen zu lassen, dann kann Ludwig XVI. durch Attila im Triumph aus der Bastille geführt werden, worauf er durch die Habeas-corporis-Akte den Afghanen die Preßfreiheit gewährt, die zur Blüte der Merinoschafzucht so viel beiträgt. Man braucht Lessings Abgrenzungen gar nicht unbedingt zu billigen, aber man sieht: es gibt Grenzen.

Wolfgang Goetz.

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln
Verantwortlich für die Anzeigen: Paul Kolmeiz, Berlin.
Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451
Druck: Photogravur G. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.